

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 4/2002 20. Jahrgang

OUR WORLD IS NOT
FOR SALE GLOBALISE
RESISTANCE

TITEL:

CBG auf dem Sozialforum:

Renitenz in Florenz

WEITERE THEMEN:

- BAYERs Menschenversuche
- Asbest-Kranke vs. BAYER
- BAYERs Kunststoff-Kartell
- UN: BAYER lügt



TODESSTRAFE? ... OH GOTT.. WIE SCHRECKLICH! ...
 TIEFSTES MITTELALTER!!! ... WIR VERMITTELN
 UNSERE STRAFGEFANGENEN AN
 TESTLABORS DER
 PHARMA-INDUSTRIE



... XI.02.5 KOTT

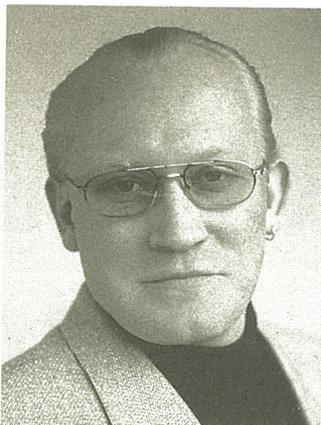
Nachdruck honorarpflichtig

Inhalt

- | | |
|--|--|
| <p>4 Eine gute Wahl für BAYER
Koalition kapituliert vorm Kapital</p> <p>9 Kunststoff-Kartell fliegt auf
BAYER an Preis-Absprachen beteiligt</p> <p>10 „A-Anti-Anticapitalista!“
Globalisierungsprotest geht weiter</p> <p>16 Florentiner CBG-Seminar erfolgreich
„Brecht die Macht der Konzerne!“</p> <p>18 Asbest-Kranke vs. BAYER
Mitangeklagt im Produkthaftungsprozess</p> <p>22 BAYER erhält BigBrotherAward
Spitze im Spitzeln</p> <p>24 „Ein Butterbrot für Leid und Tod“
LIPOBAY-Opfer finden sich nicht ab</p> | <p>26 UNO-Bericht: H. C. STARCK lügt
BAYER-Tochter macht weiterhin Kriegsgeschäft</p> <p>28 „Gangster-Unternehmen“ BAYER
Ermittlungen wg. Preis-Tricks bei Arzneien</p> <p>30 DIURON auf Rezept
Abgabe-Beschränkung für Pestizide</p> <p>32 „Gentech-Konzerne ruinieren Ökobauern“
Landwirt Marc Loiselle klagt gegen BAYER</p> <p>34 BAYER macht Menschenversuche
Konzern testet Pestizide an ProbandInnen</p> <p>33 Au weia BAYER</p> <p>23 Impressum</p> |
|--|--|

Liebe Leserinnen
und Leser,

Foto: Bernd Schuller, transparent



Henry Mathews ist Geschäftsführer des DACHVERBANDS DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE (www.kritischeaktionaere.de)

was uns seit vier Jahren in Deutschland als sozialdemokratische Politik verkauft wird, dürfte einige Ahnen der betreffenden Partei in ihren Gräbern rotieren lassen. Willy Brandt hat den Begriff „Mehr Demokratie wagen“ geprägt. Sein Nachfolger Gerhard Schröder beschneidet heute Demokratie - zum Beispiel die AktionärlInnen-Demokratie.

Bislang konnte selbst der/die kleinste Aktionärln jede/n andere/n Aktionärln durch einen Gegenantrag zur jährlichen Hauptversammlung wissen lassen, was ihn am Management z. B. des BAYER-Konzerns stört. Alle AnteilseignerInnen erhielten diese Information kostenlos ins Haus geliefert. Das war ein wichtiges Instrument zum Minderheitenschutz. Die Kritischen AktionärlInnen bei BAYER und vielen anderen Firmen haben es effektiv genutzt, um Sozialabbau, Rüstungsproduktion und Umweltzerstörung öffentlich anzuprangern. Die seit zwanzig Jahren wachsende Unterstützung vieler tausend KleinaktionärlInnen gibt ihnen Recht.

Ein Sozialdemokrat hat das abgeschafft. Die konservative Opposition hat ihm zugestimmt. Ab 2003 werden Gegenanträge zu AktionärlInnen-Hauptversammlungen nicht mehr schriftlich mit der Einladung verschickt. Stattdessen müssen die Firmenchefs Gegenanträge nur noch „zugänglich machen“, und dafür reicht die Veröffentlichung in einem versteckten Winkel der firmen-eigenen Internet-Seite.

Was denn? Sie haben Aktien, aber keinen Internet-Zugang? Pech gehabt! Sie haben einen Internet-Zugang, besuchen aber nicht regelmäßig die Firmen-Seiten? Auch Pech gehabt! Gegenanträge gehören

für Sie der Vergangenheit an! Der Bundestag hat es am 17. Mai 2002 so beschlossen!

Geboren wurde die Idee zu dieser Änderung des Aktien-Gesetzes in der „Corporate-Governance-Kommission“, die der Bundeskanzler 2001 vor allem mit VertreterInnen von BAYER & Co. besetzt hatte. Parallelen zu den unsozialen Vorschlägen der „Hartz-Kommission“ sind nicht zufällig. Der Volkswagen-Personalchef Peter Hartz hatte zuletzt durch die Aussperrung und Entlassung von 1.300 Beschäftigten des VW-Werks in Südafrika von sich Reden gemacht, weil die doch tatsächlich ihre Vertrauensleute behalten wollten.

Jetzt dürfen sich die Wennings, Schrempps, Ackermanns und Pierers freuen, denn sie müssen Kritik an ihrer Umweltzerstörung, ihrem Sozialabbau, ihren Waffen- und Atomgeschäften künftig nicht mehr als Gegenanträge verschicken. Und sie dürfen sogar jublieren, denn die beiden „großen Volksparteien“ rivalisieren darum, es BAYER & Co. recht zu machen.

Trotzdem werden diese Herren weiterhin mit Widerstand leben müssen: Widerstand von einer linken Opposition, Widerstand von Kritischen AktionärlInnen, Widerstand von der CBG!

Koalition kapituliert vorm Kapital

Eine gute Wahl für BAYER



BAYERs Schatten-Kabinett

BAYER kann mit dem Wahl-Ausgang, dem neuen Regierungspersonal und den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags zufrieden sein. Gelang es dem Pharma-Riesen nach dem WählerInnen-Entscheid von 1998, ihren Steuer-Chef Heribert Zitzelsberger an prominenter Stelle im Finanzministerium zu platzieren, so bekommt dieser nun Gesellschaft von einem anderen Mann des besonderen BAYER-Vertrauens: Wolfgang Clement.

Von Jan Pehrke

Vor vier Jahren gestaltete die neue rot-grüne Bundesregierung das Steuer-Paradies Bundesrepublik, das die neoliberale Angebotspolitik Helmut Kohls geschaffen hatte, noch paradiesischer. Die Steuer-Reform, unter der Ägide des 1998 von der BAYER-Steuerabteilung als Staatssekretär ins Finanzministerium wechselnden Heribert Zitzelsberger entstanden, ersparte den Konzernen Abgaben in Millionen-Höhe. Sie brachte sogar das Kunststück fertig, die Finanzämter gegenüber den Unternehmen in die Position des Zahlmeisters zu bringen. Allein BAYER bekam für das Jahr 2001 250 Millionen Euro Körperschaftssteuer zurücker-

stattet. Die Regelung, die Erlöse aus den Veräußerungsgewinnen, also den Verkäufen von Unternehmensteilen wie der AGFA oder der EC ERDÖLCHEMIE künftig steuerfrei zu stellen, ließ die Sekt-Korken beim Leverkusener Chemie-Multi noch lauter knallen. Erkenntlich gezeigt hat BAYER sich dafür ebenso wenig wie die anderen Großfirmen. Im Gegenteil: Der Global Player hat fleißig Arbeitsplätze vernichtet - bis zum Jahr 2005 sollen es 15.000 sein. So stieg die Zahl der Arbeitslosen im Herbst 2002 auf über vier Millionen - parallel zu den Defiziten der durch die Abgaben-Reform um ihre Gewerbesteuer-Einnahmen gebrachten Städte und

Gemeinden. Die SPD zog damit ihren eigenen Lokal-PolitikerInnen den finanziellen Boden unter den Füßen weg, was diesen arge Akzeptanz-Probleme bescherte. Die Konzern-Beglückung ging sogar den Konservativen zu weit. Ihr Kandidat Edmund Stoiber nutzte die Schröder-Vorlage, um sich im Wahlkampf als Rächer der Enterbten darzustellen.

Die Steuer-Politik

So war Rot-Grün gezwungen, diesen Teil der Reform zu reformieren. Sie will die Möglichkeit, lang zurückliegende Verluste mit aktuellen Gewinnen steuermindernd zu verrechnen, beschränken. Künftig dür-

fen sich BAYER & Co. beim so genannten Verlust-Vortrag nur noch bis zur Hälfte ihrer Gewinne arm rechnen - und das auch nicht unbeschränkt, sondern nur innerhalb eines Zeitraumes von sieben Jahren. Zudem müssen sie eine Mindeststeuer zahlen. Sie dürfte ungefähr die Hälfte des jetzigen Körperschaftssteuersatzes von 25 Prozent betragen. Genau auf dieser Marke eine Punkt-Landung hinzubekommen - das werden jetzt die Zahlen-JongleureInnen in den Steuer-Abteilungen der Konzerne üben. Parallel dazu suchen sie in den neuen Steuer-Gesetzen schon nach neuen Steuer-Schlupflöchern. Der Steuerberater Jörg Zimmermann ist schon fündig geworden und gibt seine Tipps in der *Faz* weiter: „So lassen sich beispielsweise alle abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter des Anlage-Vermögens durch konzern-internen Verkauf oder durch Einlage in eine Tochter-Gesellschaft in zukünftiges Abschreibungspotenzial umwandeln: Der vom Verfall bedrohte Verlust-Vortrag mindert als zukünftig erhöhte Abschreibung auf die Wirtschaftsgüter die zukünftige Steuerlast.“

Gegen den angekündigten Wegfall des
→



Schröder und der Ministerpräsident Chinas weihen ein neues BAYER-Werk ein

Wir
verändern
die Welt

www.jungewelt.de

Ja, ich will die junge Welt für 10 Wochen ausprobieren

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort/Telefon

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der

Probewochen monatlich

Sozialabo: 17,10 Euro,

Normalabo: 24,50 Euro,

Soliabo: 31,70 Euro.

Ich bezahle mein Abo

monatlich (nur mit Bankeinzug), vierteljährlich,

halbjährlich, jährlich

per Rechnungslegung Einzugsermächtigung

Das Abo soll ab Montag, den beginnen.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut/Bankleitzahl

Kontonummer

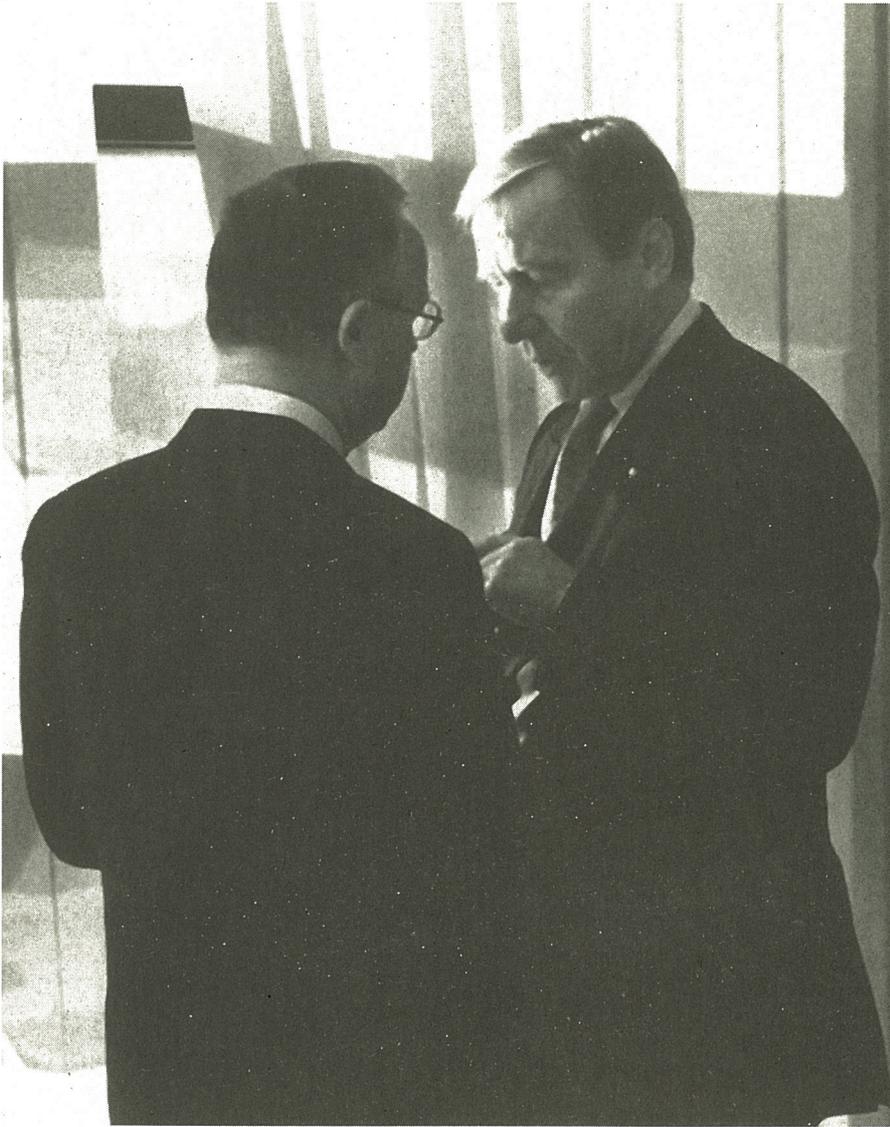
Datum/Unterschrift

Widerrufsrecht

Ich kann diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei *junge Welt*, Karl-Liebknecht-Straße 32, 10178 Berlin, widerrufen. Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf schriftlich bei Ihnen kündige (Poststempel).

jetzt am Kiosk

Die Tageszeitung
junge Welt



„Öko-Steuer, blöde Idee, findest Du nicht auch, Hans?“

Konstruktes der Organschaft, der keinerlei Betriebsrealität entsprach, weshalb sie der Verrechnung von Gewinnen und Verlusten innerhalb der einzelnen Konzerne zum Spiel ohne Grenzen machte, formiert sich schon Widerstand. BAYER, RWE SIEMENS und DAIMLERCHRYSLER haben sich zu informellen Gesprächen getroffen und ein Schreiben an Eichel aufgesetzt, um einen Termin zu bekommen. Da der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rugowski, es sich im Wahlkampf mit Schröder gründlich verscherzt hatte, sehen sich BAYER & Co. gezwungen, wieder direkt aktiv zu werden. Sollte ihre Intervention fehlschlagen, plant der Leverkusener Gigant, die Holding-Struktur zu Gunsten eines Stammhaus-Prinzips aufzugeben. So blieben die Steuer-Vorteile erhalten.

Und es winken sogar Steuer-Senkungen. Rot-Grün plant nämlich eine Gemein-

desteuer-Finanzreform. Was BAYER & Co. bisher nicht gezahlt haben, wollen sich die KoalitionärInnen jetzt von anderen holen. Die Abgaben „auf eine breitere demokratische Basis stellen“ nennt ein Steuer-Experte der Industrie diese Sozialisierung der Lasten. Besonders auf die FreiberuflerInnen haben es die PolitikerInnen abgesehen. Bayern schröpft sie schon und konnte so den Gewerbesteuer-Hebesatz zur Freude der grünen Finanz-„Expertin“ Christine Scheel von 16 auf zehn Prozent senken.

Den Multis wird also nichts weggenommen. Trotzdem plagen sie heftige Phantomschmerzen. Die ALLIANZ drohte gar damit, ins Ausland abzuwandern. „Das sind die falschen Signale“, klagt auch BAYER-Chef Werner Wenning über die vermeintlichen Steuer-Erhöhungen. Richtige Signale hat allerdings noch nie ein Vorstandsvorsitzender des Chemie-

Riesen aus einer Regierungszentrale empfangen. Die Empörung ist ein routiniertes Ritual. Welchem Zweck sie dient, macht ein anderes Wenning-Statement deutlich, wonach eine Umsetzung der Pläne 1 zu 1 ein schwerer Schlag für den Standort Deutschland wäre. Diese Drohkulisse soll bei der konkreten Ausgestaltung der Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag die Unternehmensinteressen wahren.

Superminister Clement

Dabei setzen Werner Wenning und seine Kollegen aus Nordrhein-Westfalen laut *Süddeutscher Zeitung* ihre Hoffnung ganz auf Wolfgang Clement als „ihren starken Ansprechpartner in Berlin“ in Sachen „Verlust-Vortrag“, „Öko-Steuer“, „Gesundheitspolitik“, „Körperschaftsteuer-mindernde Ausschüttung von Gewinn-Rücklagen“ und „Steuern auf Veräußerungsgewinne“. Der in Leverkusen immer gern gesehene Gast gibt auch allen Anlass dazu. Er erlag bisher noch jeder BAYER-Einflüsterung. Im Bundesrat brachte der Standort-Vater die mit dem Pillendschungel aufräumen wollende Positivliste für Arzneien zu Fall, die Ökosteuer kritisierte er an jeder passenden und unpassenden Stelle und gegen Umweltschutz-Unbill aus Brüssel sprach er sich auch stets aus. Sogar beim LIPOBAY-Skandal stand er trotz der über 100 Toten in Treue fest zu BAYER.

Auf entsprechend taube Ohren stoßen die VertreterInnen der abhängig Beschäftigten beim „starken Ansprechpartner“ von BAYER & Co. Die IG METALL war deshalb von Clements Nominierung wenig begeistert. Sie wisse nämlich, so ihr Vize-Chef Jürgen Peters, „dass dieser sehr starke Neigungen zeigt, was Zumutungen für die Arbeitnehmer angeht.“ Nicht nur Peters, sogar der Kanzler-Kumpel, BAYER-Aufsichtsrat und IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE-Vorsitzende Hubertus Schmoltd sprach sich gegen die Verschmelzung der Ressorts „Arbeit“ und „Wirtschaft“ zu einem Superministerium aus. „Arbeit darf nicht nur unter Markt-Gesichtspunkten gesehen werden“, warnte er. „Dass die Bundesregierung das Thema Arbeit nicht länger nur unter sozialpolitischen Aspekten sehe“, ist dann auch gerade das, was dem „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) so an Clements neuem Arbeitsplatz-Zuschnitt gefällt. Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt dachte da schon weiter bei der Beurteilung der rot-grünen Wahlsieger. Er sieht in einem

SPD-Regierungschef den geeigneten Kandidaten dafür, den Beschäftigten die Zumutungen zu verkaufen, die das Kapital für unabdingbar hält. Ein Kanzler Schröder komme der Wirtschaft durchaus zugute, sagte er der *Leipziger Volkszeitung*, da „anders als bei einer unionsgeführten Regierung die Kanzler-Partei gute Kontakte zu den Gewerkschaften“ habe und dies „wichtige Einigungen“ erst möglich mache.

Und Zumutungen setzt es reichlich. Zwei Drittel des Spar-Volumens von 11,4 Mrd. Euro will Rot-Grün laut *Süddeutscher Zeitung* bei den Arbeitslosen und RentnerInnen einfahren. Allein 2,3 Mrd. Euro beabsichtigt die Regierungskoalition durch Kürzungen der Arbeitslosen-Hilfsleistungen zu bekommen. Zudem soll die Arbeitslosen-Unterstützung nicht länger an die Lohn-Entwicklung angepasst werden.

Besonders hart kommt es aber mit Hartz und seinem Exekutor Wolfgang Clement: mehr Flexibilität, mehr unzumutbare Arbeitsangebote und mehr Billig-Jobs. Weich sind nur die Formulierungen. Wo Konservative und Liberale offen für die Aufweichung des Kündigungsschutzes

eintreten, spricht das Hartz-Papier von dessen „Neutralisierung“. BAYER & Co. dürfen nach diesen Vorstellungen nach Belieben „Hire & Fire“ betreiben, und die ICh AGs haben mal hier, mal dort, mal gar nicht zu arbeiten, besitzen aber einen festen Arbeitsvertrag bei einer staatlichen Zeitarbeitsagentur. Materiell auf Gedeih und Verderb den Markt-Erfordernissen ausgeliefert, lediglich virtuell in feste Strukturen eingebunden - dieser Hartz-Käse ist eine Sache für den VerbraucherInnenenschutz. Der forsche Clement hätte den Kündigungsschutz mitsamt dem Rechtsanspruch auf Teilzeit-Arbeit gerne noch mehr gelockert und damit die einzigen rot-grünen Korrekturen an der Arbeitsrechtspolitik Helmut Kohls zurückgefahren. Er stieß in seiner eigenen Partei allerdings auf Widerstand. Ob diese den Superminister künftig auch eine „Super“-Tarif-Politik machen lässt, bleibt vorerst auch unklar.

Öko-Steuer

Klar ist hingegen, dass die Öko-Steuer weiterhin hauptsächlich die mittleren und kleinen Betriebe sowie die sozial Schwachen belastet statt Groß-Verdiener und

Groß-Verschmutzer wie BAYER. Die Ausnahmeregelungen für die Chemie-Industrie und andere energie-intensive Branchen verursachen ein Einnahme-Defizit von 625 Mio. Euro. Damit das möglichst so bleibt, hat Clement in den ersten zwei Wochen seiner Amtszeit schon einen Streit mit Finanzminister Eichel vom Zaun gebrochen. Amtshilfe kam dabei von seinem bisherigen Amtssitz. In Nordrhein-Westfalen müssen die Multis gar nicht mehr selber das Klagelied über einen eventuellen Neu-Zuschnitt der Öko-Steuer anstimmen. Das „Worst Case Scenario“ malt die Staatskanzlei selber, so gut funktioniert die Leverkusen-Düsseldorfer Chemie-Connection. „Die Stahl-Erzeugung in Duisburg könnte dicht machen ebenso wie BAYERs Grundstoff-Chemie“, jammert ein Ministerial-Beamter laut *Süddeutscher Zeitung*. Sicherheitshalber jammert BAYER-Chef Wenning jedoch noch mit und stöhnt über die 80 Mio. Euro, die der Multi angeblich zusätzlich zahlen müsste, wenn er nach denselben Kriterien wie andere Unternehmen eingestuft würde. Der konzertierte Druck von Clement und Chemie-Industrie hat Eichel schließlich davon abgehalten, das Prinzip „Gleiches →

ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker **STICHWORT BAYER**, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

WEITERE THEMEN:
Kürzungen der Altersgrenzen
Virtuelle Geschäfte und neue Arbeitsplatzrichtungen
Umweltschutz auf dem Aktienplatz
Bündnis des Kapitals mit der Barbarei

C O U P O N

- Ich/wir abonniere/n für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

- Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontonr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



Recht für alle“ anzuwenden und lediglich zu einer Erhöhung des Satzes von 20 % auf 60 % der sonst üblichen Ökosteuer für die Energie-Schlucker geführt. Zudem bleibt es beim so genannten Spitzen-Ausgleich, wonach Spitzen-Energiever-schwender ab einem bestimmten Ver-brauch die Umwelt-Abgaben zu 95 % zurückerstattet bekommen, wenn die Belastung über ihre Einsparungen bei den Renten-Beiträgen hinausgeht. Deshalb steht einer weiteren Lizenz zum finanziell unbedenklichen Ausstoß von jährlich mehr als neun Millionen Tonnen des klima-schädigenden CO₂ für BAYER nichts im Wege.

Umwelt

Wohl auch über 2004 hinaus nicht. In die-sem Jahr wollten die Grünen und die SPD eigentlich die Öko-Steuer auf den Prüf-stand stellen und über eine Weiterent-wicklung beraten. Aber der Genosse Schröder hat den Bossen gegenüber das Ergebnis der Beratungen schon vorwegge-nommen und ihre Ängste vor einer Öko-Steuer als ein wirklich effektives Instru-ment der Umweltpolitik zerstreut. Und dass ein Kanzler-Wort gilt, auch wenn es gegen Vereinbarungen mit dem Koalitionspartner verstößt, hat die zugesicherte Betriebsdauer-Verlängerung für das Kern-kraftwerk Obrigheim gezeigt. Zur rot-grünen Klimaschutz-Politik schreibt deshalb die *Zeit*: „Es gehört nicht viel Fantasie zu der Prognose, dass Umweltminister Jür-gen Trittin das Kohl-Ziel demnächst auch offiziell in den Wind schreiben wird.“ Die Kohl-Regierung hatte sich seinerzeit auf eine Kohlendioxid-Reduzierung von 25 Prozent bis 2006 festgelegt. Die rot-grüne Bundesregierung nimmt da den Mund viel voller - 40 % bis 2020 -, weil sie weiß, dass sie nicht schlucken muss. Dieses Vorhaben ist nämlich an eine Bedingung geknüpft, von deren Unerfüllbarkeit Trittin & Co. nur allzu gut wissen: Die EU-Länder sollen in demselben Zeitraum ihre CO₂-Emissionen um 30 % reduzieren. Da deren Klima-Bilanz nicht wie die bundesrepublikanische durch die klima-schonenden Fol-gen der Deindustrialisierung einer Region wie der Ex-DDR geschönt werden kann, ist das nicht erreichbar. So aber nutzen die KoalitionärInnen die Gelegenheit, sich als Regierung mit hehren ökologischen Zielen darzustellen, welche nur von den bösen anderen Ländern an der Umsetzung gehindert wird - ein durchschaubares

Manöver. „Halbherzig“ und „rückschritt-lich“ urteilt GREENPEACE deshalb über die Umweltpolitik von Rot-Grün.

Gesundheit

Auch die Gesundheitspolitik verdient keine positivere Bewertung. Nach Schrö-ders Willen sollte ursprünglich der BAYER-Aufsichtsrat und IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt das Ressort leiten. Wenn er nicht abgesagt hätte, wäre er schon der dritte BAYER-Intimus in einflussreicher Position. Aber auch die alte/neue Mini-sterin Ulla Schmidt schont die hauptsäch-lich für die Kosten-Explosion im Gesund-

verzicht leisten müssenden Beschäftigten im Gesundheitswesen auf.

Zudem kürzt Ulla Schmidt beim Ster-begeld und bei den Zuschüssen für Mas-sagen und medizinische Produkte. So bie-ten die Krankenkassen immer weniger Leistungen für immer höhere Beiträge. Während diese 1970 noch bei acht Pro-zent lagen, werden sie vermutlich bald die 15 %-Grenze überschreiten.

Ein Projekt wie die Positiv-Liste für Arzneien könnte dagegen wirklich zu einer Kosten-Dämpfung beitragen. Aber da schon Schmidts VorgängerInnen Seehofer und Fischer daran scheiterten, den Pillen-Dschungel zu lichten, indem man unwirk-



heitswesen verantwortliche Pharma-Indu-strie. Von den Gesamtausgaben der Kran-kenkassen fließen heute schon 15,5 % in den Medikamenten-Sektor. Lagen ihre Aufwändungen für die bunten Pillen 1990 noch bei 11,11 Mrd. Euro, so betragen sie 2001 21,42 Mrd. Euro. „Die Preis- und Produkt-Politik der Pharma-Unternehmen macht es uns unmöglich, unsere Einspar-Ziele bei den Arzneimittel-Ausgaben zu erreichen“, klagt deshalb der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung, Man-fred Richter-Reichhelm. Mit 32,4 % ist nur der Anteil der Krankenhäuser an den Auf-wändungen der Kranken-Versicherungen höher, wobei darin auch noch einmal Gel-der für Medikamente enthalten sind. Trotzdem sollen BAYER & Co. zu den geplanten Einsparungen in Höhe von 3,5 Mrd. Euro nur zu 12 % beitragen, dadurch dass sie den Kassen als Großabnehmern Rabatte für Pharmazeutika gewähren. Die größte Last bürdet Rot-Grün dagegen den Apotheken, Großhändlern und den Lohn-

same Präparate von der Kosten-Erstattung ausnimmt, bestehen auch arge Zweifel hinsichtlich Ulla Schmidts Durchsetzungskraft gegenüber der Pharma-Lobby. Ob es ihr wenigstens gelingt, bei den neuen und daher teuren Medikamenten diejenigen auszuschließen, deren Novität lediglich in einem kleinen pharmazeutischen Lifting besteht, wie bei BAYERs mit dem Antibio-tikum CIPROBAY fast baugleicher Schein-Innovation AVELOX, bleibt auch abzuwar-ten.

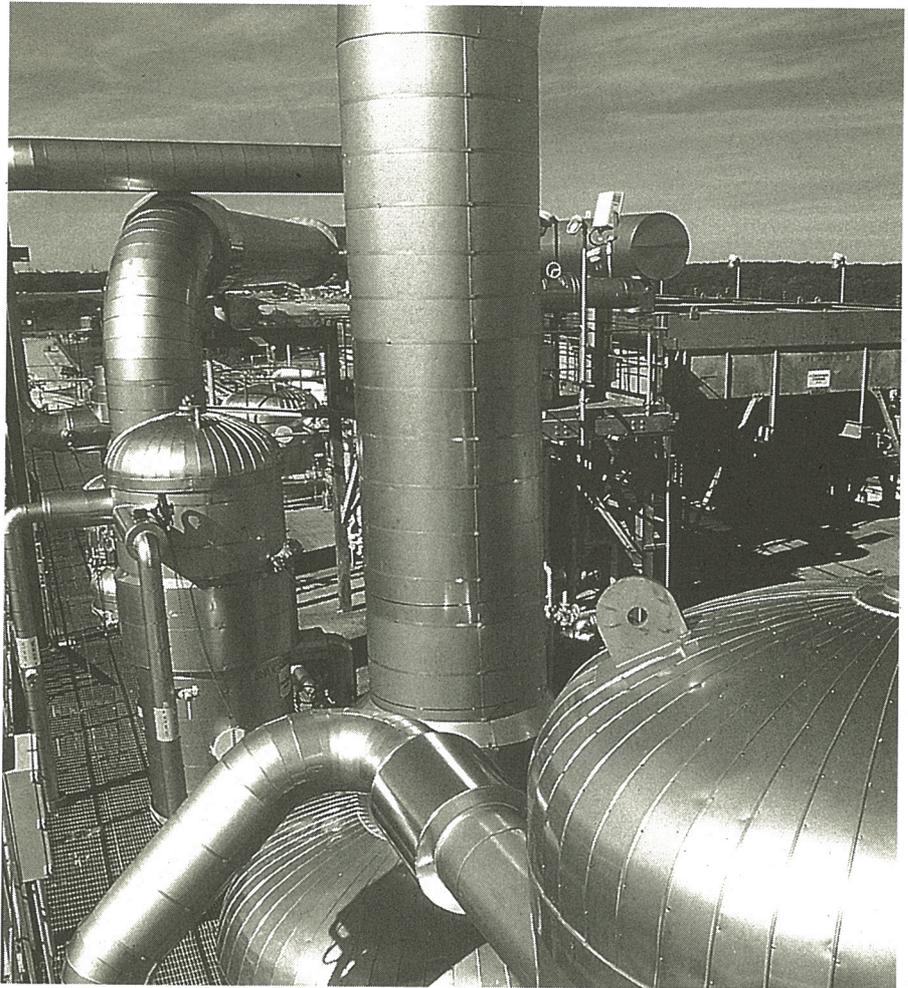
Den Weg in die Zweiklassen-Medizin dürfte eine derart unter Spärzwang ste-hende Gesundheitspolitik nicht aufhalten. Aber sie passt zu einer Arbeitsmarkt-Poli-tik, die BAYER & Co. die Massen-Entlas-sungen trotz großer Steuer-Geschenke damit dankt, dass sie den Faktor Arbeit noch mehr nach ihren Erwartungen zurich-tet und zu einer Umweltpolitik, die es nicht wagt, die Profit-Jagd durch Mensch, Tier und Umwelt schützende Maßnahmen einzuschränken.

BAYER an Preis-Absprachen beteiligt

Kunststoff-Kartell fliegt auf

BAYER hat mal wieder ein Ding gedreht. Ende September durchsuchten EU-ErmittlerInnen die Leverkusener Konzern-Zentrale, um Beweismittel über illegale Preis-Absprachen im Kunststoff-Geschäft sicherzustellen. Auch in den USA beschlagnahmten Kartell-FahnderInnen Unterlagen des Chemie-Multis.

Von Udo Hörster



BAYERs Kunststoff-Anlage in Bayton, USA

Das Geschäft mit Polymeren und anderen Kunststoffen läuft für den Leverkusener Chemie-Multi seit einiger Zeit alles andere als gut. „Die für den Polymer-Bereich wichtigen Abnehmer-Branchen Automobil, Elektronik und Bau haben die Produktionen z. T. drastisch reduziert und Lager-Bestände abgebaut. In allen Bereichen waren deutliche Preis-Rückgänge festzustellen, die den Margen-Druck

Die EU bereitet zur Zeit zehn Verfahren gegen BAYER & Co. vor

weiter verschärften“, klagt der diesjährige Geschäftsbericht. Also hat der Pharma-Riese zur Selbsthilfe gegriffen und selbst ein wenig an der Preisschraube gedreht. Der Konzern bildete mit anderen Anbietern ein Kartell und setzte mit ihnen

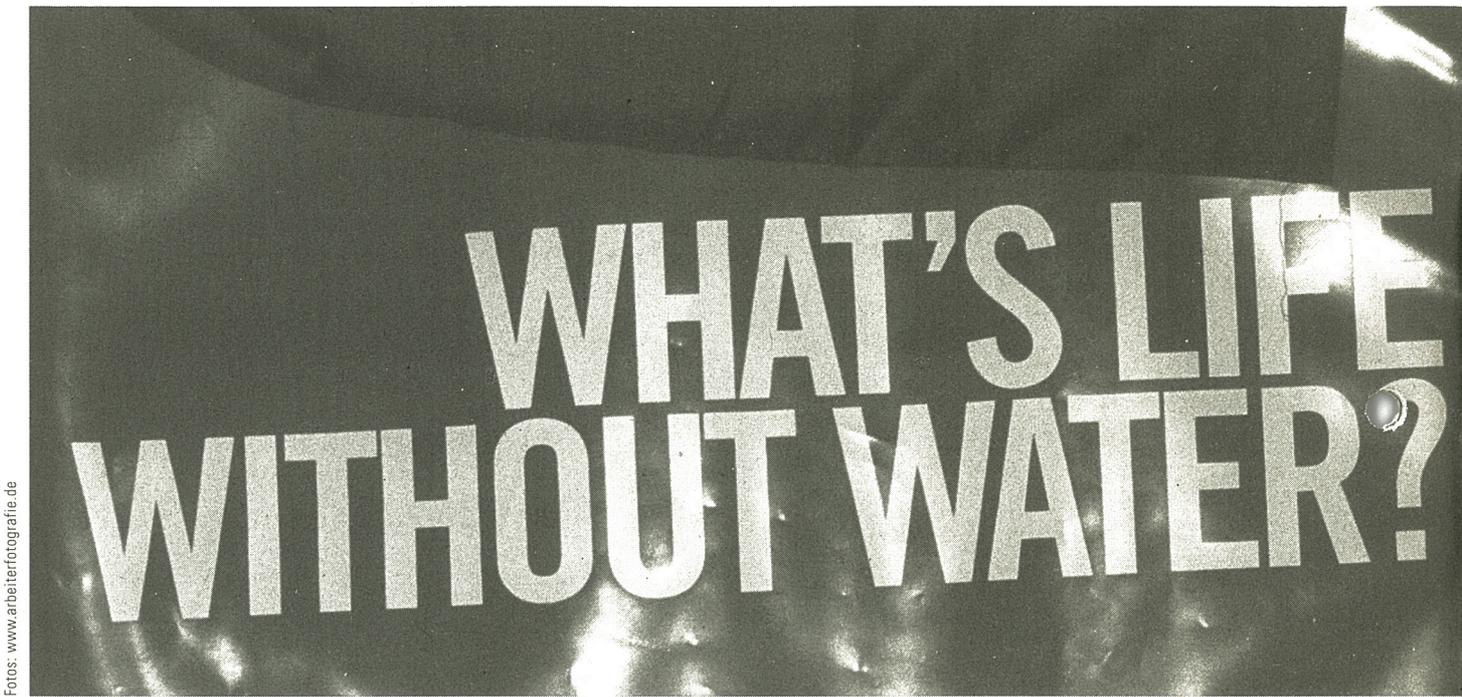
gemeinsam die Gewinn-Spannen hoch. BAYER hat mit solchen Manipulationen einschlägige Erfahrungen. Schon 1988 flog ein Kunststoff-Kartell auf, an dem der Pharma-Riese beteiligt war, und 1996 musste die Tochter-Gesellschaft HAARMANN & REIMER über 50 Millionen Dollar Strafe wegen unrechtmäßiger Übereinkommen im Handel mit Zitronensäure zahlen.

Die Chemie-Branche entwickelt bei ihrer Preis-Politik besonders viel kriminelle Energie. Die EU bereitet zur Zeit zehn Verfahren gegen BAYER & Co. vor. Ursache dafür ist der anhaltende Konzentrationsprozess in der Branche, der nur noch wenige Anbieter übrig lässt und so das Entstehen informeller Zirkel begünstigt. Die Fahndungserfolge der jüngsten Zeit sind allerdings nicht dem detektivischen Spürsinn der Ermittler von EU-Wettbe-

werbskommissar Mario Monti zu verdanken, sondern der Einführung einer Kronzeugen-Regelung. Sie gewährt dem ersten Geständigen aus der Reihe der Kartell-Bildner Straffreiheit. So ganz ungeschoren kommen allerdings auch sie nicht davon. Sie müssen mit Schadenersatz-Klagen von Seiten ihrer gesetzestreuenden Konkurrenten und der geprellten Groß-Kunden rechnen. Die VerbraucherInnen, an welche die erhöhten Kosten in der Regel weitergegeben werden, haben dagegen keine juristischen Interventionsmöglichkeiten.

BAYER stehen größere finanzielle Belastungen bevor. Das Strafgeld bei Verstößen gegen das Kartell-Gesetz kann bis zu zehn Prozent des Jahres-Umsatzes betragen. Und das dürfte über den Inhalt der Porto-Kasse des Konzerns hinausgehen.

Globalisierungsprotest geht weiter „A-Anti-Anticapitalista!“



Fotos: www.arbeiterfotografie.de

Beim Europäischen Sozialforum in Florenz meldete sich das Gewissen Europas mit Macht zu Wort

Von Axel Köhler-Schnura

„Seht wie der Zug von Millionen, endlos aus Nüchternem quillt, und unser Sehnsucht Verlangen Himmel und Nacht überschwillt.“ Die Worte dieses kampferprobten Arbeiterliedes wurden Anfang November 2002 in Florenz Realität. Sie waren als Symbol für die Wiedergeburt der Kämpfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung und als Bindeglied zwischen den Kämpfen gestern und den heraufziehenden Kämpfen morgen in der jahrtausendealten ehrwürdigen Kulturmetropole im Herzen der Toscana allgegenwärtig präsent.

VertreterInnen verschiedener Gruppierungen der sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung aus den verschiedensten Teilen Europas einigten sich auf ein Treffen, ein European Social Forum, in Florenz. Angestoßen wurde es durch einen Impuls aus dem brasilianischen Porto Alegre, wo sich bereits zum zweiten Mal innerhalb der letzten beiden Jahre in glei-

cher Weise Menschen zum World Social Forum zusammengefunden hatten. Getrieben von der gemeinsamen Sorge um die Zukunft der Menschheit und des Planeten, ausdrücklich geplant als sichtbare Alternative zur menschenverachtenden Arroganz des World Economic Forum, bei dem die mächtigsten der Konzernherren einmal jährlich in Davos/Schweiz die Optimierung der Weltprofit-Produktion beraten. Gedacht als Ort der Diskussion, des Erfahrungsaustauschs und der gemeinsamen Beratung aller, die von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind.

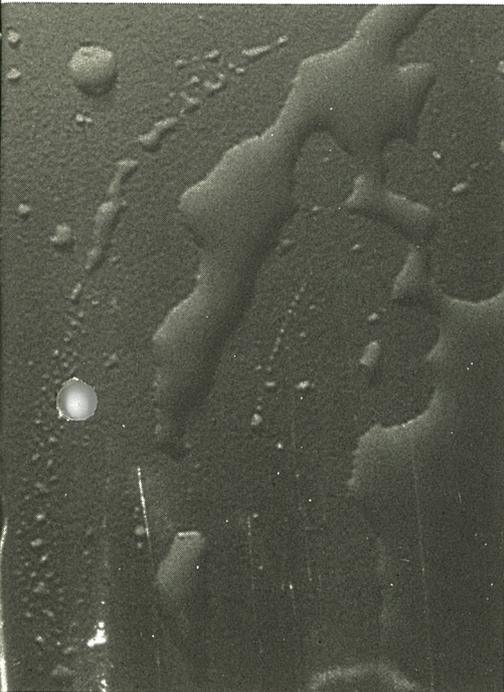
Bereits die beiden Welt-Sozial-Foren übertrafen in der Beteiligung alle Erwartungen der ursprünglichen IdeengeberInnen. Der Wille der Menschen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, wurde spür- und fühlbar. Sachte noch, doch erkennbar für jeden, der zu sehen bereit war.

Ort des Austausches

Und nun Florenz. Kaum war der Konferenzort für das Europäische Sozialforum bekanntgegeben, brach eine beispiellose Hetze über die Stadt, über Italien und sogar über Europa herein. Das Schreckensbild eines von terroristischen Vandalen gebrandschatzten städtischen Kleinods wurde an die Wand gemalt, die Aufhebung der Reise- und Bewegungsfreiheit gefordert, gar das komplette Verbot der Veranstaltung erörtert. Erst in der Woche vor Beginn des Sozialforums war klar, dass es wie geplant stattfindet und dass an den Grenzen Italiens zwar die im Rahmen eines geeinten Europas vor Jahren abgeschafften Passkontrollen wieder eingeführt werden, aber die Reisefreiheit als solche nicht angetastet wird.

„Untergang von Florenz“

Dennoch riefen die Reiseveranstalter ihre auf Florenz gebuchten KundInnen persön-



lich an, um ihnen „kostenfrei“ eine Umbuchung auf andere touristische Ziele „wegen der erwarteten Krawalle“ zu ermöglichen; die bekannte Autorin Oriana Fallaci verkündete auf der Titelseite des konservativen *Corriere della Sera* den „Untergang von Florenz“ und bedauerte ausdrücklich, dass die Polizei nicht schießen dürfe; an den Grenzen wurde versucht, Tausenden als „unerwünschte Personen“ die Einreise zu verweigern; in vielen Fällen scheiterte dies an der Entschlossenheit der Mitreisenden, für ca. 1.000 EU-BürgerInnen war die Reise nach Florenz jedoch in der Schweiz, in Österreich oder anderswo zu Ende; in Florenz selbst vernagelten die UnternehmerInnen die Schaufenster-Fronten ihrer Geschäfte, die Hotels bewirteten und versorgten PolizistInnen statt TouristInnen; die USA verhängten in Italien für ihre StaatsbürgerInnen eine Alarmstufe, die US-amerikani-

schen Sicherheitskräften - auch in der Florentiner Botschaft - scharfe Waffen und weiträumige Schutzmaßnahmen vorschrieb; in der Bevölkerung wuchsen aufgrund solcher Maßnahmen und der bis zuletzt andauernden Hetze und Lüge tatsächlich Angst, Furcht und Verunsicherung.

Da konnte auch die Initiative „Firenze aperta“ nur bedingt gegensteuern. In ihr arbeiteten Tausende von FlorentinerInnen zusammen, um die Ideale der Gastfreundschaft und der Weltoffenheit hochzuhalten; um Quartiere und Logistik für die Konferenz bereitzustellen. Mehr als eintausend BürgerInnen nahmen privat Gäste auf, die Stadt stellte ihre gesamte Konferenz- und Messelogistik kostenfrei zur Verfügung; um die MitbürgerInnen und die Geschäftswelt der Stadt von dem Unsinn ihrer Furcht und Angst zu befreien. Was allerdings nur teilweise gelang, wie →

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen,
- desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft

Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18,
40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Bank: _____

BLZ: _____ Kontonummer: _____

Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

Coupon



die relativ selten im Stadtbild zu sehen- den Begrüßungsplakate von „Firenze aperta“ und die nur in wenigen Fenstern hängenden weißen Tücher und „benvenuto“-Schriftzüge zeigten. Und wie vor allem die bis oben hin vernagelten Hausfronten in der Altstadt und die komplett geschlossene „Ponte vecchia“ demonstrierten. Das Klima in der Stadt war weitgehend geprägt von Ressentiments gegenüber den Gästen und dem Kalte-Schulter-Zeigen der Stadt.

Konferenzen & Seminare

Und so rollte ab Ende Oktober das Sozialforum auf Florenz zu. Erwartet wurden für den Zeitraum vom 6. bis 10.11. ca. 20.000 TeilnehmerInnen an den Tausenden von parallel laufenden Konferenzen, Seminaren und workshops zu allen brennenden und aktuellen Problemen Europas und des Planeten, an den Kulturspektakeln sowie den Ständen der großen Messe der politischen Bewegungen Europas. Manchmal schwankte die Zahl nach unten, manchmal nach oben. In manchen Ländern gab es nationale Vorbereitungsgruppen, so auch in Deutschland. In anderen gab es gar keinen organisatorischen Zusammenhalt, jede/r reiste für sich alleine. Niemand jedoch wusste am 6. November, wie viele Menschen sich tatsächlich von woher auf den Weg nach Florenz gemacht hatten. Doch am 7. November gegen Mittag waren alle 33.000 gedruckten Karten für Gäste und Delegierte ausverkauft. Bereits am zweiten Tag des Forums waren damit alle Erwartungen übertroffen. Und es war klar, es sind nicht 20.000 BesucherInnen, sondern die doppelte bis dreifache Zahl.

Florenz füllte sich unaufhaltsam mit einem Völker-Gemisch, das nicht mit blasierterem Touristengehabe durch die Gassen wandelte, sondern mit fröhlich-ernster Interessiertheit an Diskussion und Problemlösung zu den zentralen Themen der Gegenwart durch die Stadt ging. Kein/e FlorentinerIn, der/die nicht alsbald höchstpersönlich einer/m von jenen, vor-

denen auf allen Kanälen in übelster Art und Weise gewarnt worden war, gegenüberstand. Kein/e FlorentinerIn, die/der nicht alsbald von einem radebrechenden Gast überwältigend charmant nach dem Weg zu einer der unzähligen Veranstaltungen gefragt wurde. Und so wandelte sich nach und nach Mißtrauen in Neugier. Zumal die BewohnerInnen im Themen-Angebot der mittlerweile vergriffenen und in hoher Auflage neu aufgelegten und in der ganzen Stadt verkauften Programm-Zeitung ihre Sorgen und Nöte wiederfanden: Privatisierung, Entlassungen, Armut, Klima-Katastrophe und immer wieder Krieg, Krieg, Krieg.

Und selbst die vernagelte Geschäftswelt begann sich zu fragen, ob es nicht besser sei, die Türen wieder zu öffnen und an Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln und durchaus auch mit Postkarten und Mode zu verdienen? Am Freitag, dem Tag vor der als Untergang von Florenz verteuflten Großdemonstration, hatte der Charme des Völker-Gemischs und insbesondere die unbekümmerte Leichtigkeit der die Stadt überflutenden Jugend das Klima derart gewandelt, dass ein Teil der Kaufmannschaft öffentlich verkündete, die Geschäfte wieder zu öffnen.

Zugleich wurde den OrganisatorInnen des Sozialforums durch immer neue Meldungen von Sonderzügen und Bussen nach und nach klar, dass die für den nächsten Tag um 15 Uhr angekündigte Demonstration groß und größer werden würde: 50.000, 100.000, 200.000 TeilnehmerInnen - stündlich wuchs die Zahl und erlangte gigantische Bedeutung angesichts der 381.000 EinwohnerInnen der Stadt.

Vorgesehen war, dass die offiziellen Delegationen aus ganz Europa die Spitze des Demonstrationzuges stellen sollten. Ab Freitagmittag jedoch verschob sich die Uhrzeit, ab wann die Delegationen sich zur Sicherung ihrer Plätze aufstellen sollten, permanent: 14 Uhr, 13 Uhr, 12 Uhr, 11 Uhr. Am Samstagmorgen schließlich kam die Information, dass um zehn Uhr der

Platz eingenommen sein musste. Doch bereits um 9 Uhr war der Platz überfüllt und so ging es denn fort, alle 10 bis 15 Minuten musste über fünf Stunden hinweg die Spitze der Demonstration immer weiter vorverlegt werden, damit unendliche Menschenströme weiter hinten in den Zug geschleust werden konnten. Ab 13 Uhr die Nachricht, dass weit mehr als eine halbe Million Menschen, also mehr Menschen als die gesamte Stadtbevölkerung, sich eingereiht hatten. Und als sich um 15 Uhr dann schließlich der Zug in Bewegung setzte, wusste niemand mehr, waren es 1 Million oder anderthalb oder wieviele?

Die Frage nach der exakten Größe der Demonstration lässt sich schon alleine deshalb nicht beantworten, weil wie bei einem Narrenzug in den karnevalistischen Hochburgen Deutschlands zehntausende FlorentinerInnen die Route der demonstrierenden Massen säumten und zunächst höflich, dann enthusiastisch applaudierten, um sich schließlich dem Grundkonsens des Marsches, der Sehnsucht nach Frieden und der Wut auf den Kapitalismus hinzugeben und sich mit den DemonstrantInnen zu verbrüdern und zu verschwestern. Die ZuschauerInnen fielen zu Tausenden und ohne Ausnahmen mit ein in die Sprechchöre des Zuges, die Fenster öffneten sich, die Balkone, nicht nur in den Straßen des Zuges, sondern weit bis in alle Nebenstraßen hinein, wurden von den BewohnerInnen - soweit sie sich nicht auf den Gehsteigen befanden - besetzt, weiße Laken und schnell gemalte Schilder mit den Aufschriften „Pace“ (Frieden), „No alla guerra“ (Nein zum Krieg) oder „anticapitalista“ wurden den demonstrierenden Massen entgegengehalten; Zeitungen wurden in kleine Stücke geschnitten und als Zustimmungsbekundung aus den oberen Stockwerken über den Zug geschüttet; Kaffee, Wasser, alles was der Kühlschrank hergab, wurde verteilt. Innerhalb weniger Stunden gab Florenz die aufgrund monatelanger Medien-



Respekt vor der Stadt

Erhebend, dass die aus allen Nähten platzenden Demonstrationen trotz aller vorhandenen und durchaus auch berechtigten Wut auf das Kapital und seine Statthalter in aller Selbstverständlichkeit das Ansehen und die Unversehrtheit des Weltkulturerbes in Florenz achteten und wahrten. Ohne jede Ermahnung, ohne besondere Anstrengung. Wo die Herrschenden keine Minute zögern, um Schätze des Altertums in Grund und Boden zu bomben, auf dem Grund von Stauseen verschwinden zu lassen oder unter Mega-Projekten zuzubetonieren, lassen sich zurecht auf das kapitalistische System zornige und wütende Menschenmassen zu keinerlei Übergriffen hinreißen. Nicht ein gesprühter Spruch, nicht ein Farbbeutel, ja nicht einmal eine Attacke auf die einst ehrwürdigen, von MACDONALDS, BENETON und anderen Konzernen verschandelten Gebäude. Gleichzeitig wurden jedoch alle Planken an vernagelten Geschäften beschriftet mit Sprüchen wie „Mente chiuso“ (Gehirn geschlossen). Souverän wurde der Gegner Lügen gestraft und in die Ecke gestellt.

Doch damit das Kapital nicht auf falsche Gedanken kommt angesichts durch und durch friedlicher Demonstrationen, wurde im Rahmen des Sozialforums auch gezeigt, dass es anders geht: Die Fabrik von CATERPILLAR wurde etwa gestürmt und die Maschinen mit roter Farbe besudelt, da dieser US-Konzern das schwere Gerät liefert, mit dem israelische SoldatInnen die palästinensischen Wohngebiete niederwalzen. Und vor der US-amerikanischen Luftwaffenbasis in Pisa fand bereits zu Beginn des Sozialforums eine mächtige Demonstration mit rund 50.000 TeilnehmerInnen statt.

Große Einigkeit

Florenz im November 2002 einte jung und alt, ArbeiterInnen und StudentInnen, Frau und Mann. Alle füllten sie dicht gedrängt die Straßen. Sechstausend Hafentarbeiter stellten den Kern des Ordner-Dienstes für

die Demonstration. Mächtig die Blöcke der FIAT-ArbeiterInnen, die den Generalstreik gegen Massenentlassungen forderten. Dazwischen die Bediensteten der Gesundheitsdienste und selbst HochschulprofessorInnen. Und immer wieder Jugend, Jugend, Jugend - arbeitende, lernende und studierende Jugend. Geeint in der bitteren Enttäuschung über den endlosen Verrat demokratischer Versprechungen; geeint im Streben nach Frieden und Gerechtigkeit; geeint in der Wut über die Schamlosigkeit und Brutalität des kapitalistischen Systems; geeint in der Sehnsucht nach einer besseren und menschlicheren Zukunft, frei von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung.

Und Deutschland? Wo waren die Fahnen der bundesdeutschen Gewerkschaften? Wo waren die Belegschaften der großen deutschen Konzerne, wo die politische Linke Deutschlands, wo die zahllosen deutschen Nichtregierungsorganisationen? Aus Frankreich, Griechenland, Spanien, Großbritannien - ja selbst aus kleineren Ländern wie Portugal waren große starke Blöcke der Linksbewegungen, der Gewerkschaften, der Belegschaften und der sozialen Bewegungen vor Ort. Auch wenn die deutschen TeilnehmerInnen insgesamt mehrere tausend Personen ausmachten, so war diese Teilnahme gemessen an der Beteiligung aus anderen Ländern doch eher ärmlich. Daran ändert auch die Beteiligung einzelner GewerkschafterInnen, von ATTAC, LINKSRUCK und anderer Gruppen nichts. Der VER.DI-Vorsitzende Bsirske hatte zwar einen Redeplatz auf einer zentralen Konferenz in Florenz reklamiert, dann aber aus „bedeutsamen Grund“ abgesagt. Eine offiziell legitimierte Vertretung schickte er weder zu seinem Termin noch zur Demonstration. Vorbereitung auf den nächsten Kirchen- und Gewerkschaftstag scheint hierzulande bedeutsamer zu sein.

Spielball der Reformer?

Damit werden die Sozialforen bereits zum Spielball der Sozialdemokratie, →

Hetze gegen die „Gewalttäter“ und „Terroristen“ des Europäischen Sozialforums verbreitete Skepsis und auch Angst auf und begrüßte das soziale Gewissen Europas in einer unbeschreiblichen Herzlichkeit. Gleichgesinntheit brach sich mit elementarer Gewalt Bahn. Die Demonstration skandierte „Grazie Firenze“, die Florentiner skandierte „Grazie ESF“.

Zugleich wurde die Tatsache materiell spürbar, dass unter der Oberfläche die Macht des Volkes schlummert. Wie der Blitz aus heiterem Himmel wurde deutlich, dass die Herrschenden die Bevölkerung nicht im Griff haben. Ein neues politisches Subjekt bildete sich, das mitten in einer europäischen Großstadt massenhaft zu bester Sendezeit am Samstagnachmittag den Fernseher links liegen lässt, das Fenster öffnet und spontan mit den Hunderttausenden auf der Straße skandiert: „Frieden, Freiheit, Revolution! - El pueblo unido no massera vencido!“, in die Internationale einfällt und die Faust trotzig drohend gen Himmel reckt.



insbesondere der deutschen. Diese mobilisiert Personal, Kraft und Geld, um in der Antiglobalisierungsbewegung die Schaltstellen und die Themen zu besetzen und den „Aufbruch gegen den Kapitalismus“ in einen gegen „den liberalen Kapitalismus“ zu wandeln. Das System soll nicht abgeschafft, sondern reformiert werden. Immerhin haben die mächtigen sozialdemokratischen deutschen Gewerkschaften mit ihrem Einfluss auf die europäischen und internationalen gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse einen nach den diesjährigen Generalstreiks in Spanien und Italien für Oktober dieses Jahres ins Gespräch gebrachten europaweiten Streiktag ausgehebelt. Es besteht die Gefahr, dass der Bewegung bereits im Stadium der Entstehung die Spitze abgebrochen wird und dass Frustration an die Stelle von Hoffnung tritt. Für die Jugend, die in dieser Bewegung erstmals massenhaft politisch aktiv wird, wäre dies eine verheerende Erfahrung.

Einer der Drahtzieher hinter allem ist neben Tony Blair unser „Genosse der Bosse“, Bundeskanzler Schröder. Er war es, der noch in Nizza „härtestes Vorge-

hen“ gegen GlobalisierungsgegnerInnen forderte, der in Genua die Gewalt-Exzesse der faschistoiden Berlusconi-Polizei incl. des Mordes an einem Demonstranten offen absegnete und selbst Mitgliedern seiner eigenen Partei die Solidarität bei der verzweifelten Suche nach ihren Kindern und Angehörigen in italienischen Gefängnissen verweigerte. Doch bereits einige Wochen nach Genua kam der deutliche Wandel: Die sozialdemokratischen Wölfe fressen Kreide und biedern sich an, um den von ihnen gedeckten und sogar offen geförderten neoliberalen Kurs nicht zu gefährden. Nach dem Strategie-Wandel versuchen sie nun, den GegnerInnen der kapitalistischen Globalisierung entgegenzugehen, sie zu spalten und sie durch verdeckte Steuerung auf Schmusekurs zu bringen.

Florenz 2002 als Beginn

So zeigt sich: Florenz 2002 ist ein Beginn, weit, weit entfernt vom Ziel. Ein schwieriger und komplizierter Weg liegt vor der Antiglobalisierungsbewegung. Alles ist noch offen, nichts ist entschieden. Viele Kräfte, insbesondere die reformistischen,

versuchen Schlüsselstellungen innerhalb der Bewegung zu erobern.

Dennoch ist Florenz ermutigend in einer für die letzten Jahrzehnte unbekanntem Weise. In Seattle, Toronto und Genua zeigte die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung ihre Kampfkraft in der direkten Auseinandersetzung mit der hochgerüsteten Soldateska des Kapitals; in Davos ihre Kreativität und Intelligenz; in Florenz ihre Gelassenheit und Erhabenheit, ihre Mobilisierungsfähigkeit. Florenz könnte durchaus das sanfte Vorbeben künftiger gewaltiger Eruptionen sein. Entsprechend könnte es gut sein, dass die Kräfte, die sich mit dem System arrangiert und oben gut eingerichtet haben, bis in die Sozialdemokratie hinein, sich von einer gewaltigen Kraft beiseite gespült und am Rande zurückgelassen wiederfinden. Florenz jedenfalls eröffnete diese Vision.

Für die Herrschenden ist Florenz - ebenso wie Seattle oder Genua - Anlass zu erster Besorgnis. In Florenz bestätigte sich erneut, was in Seattle erstmals deutlich wurde: Nachdem die sozialen Bewegun-



gen und Arbeiterbewegung sich in den 70er Jahren offen befehdeten, sich in den 80er/90er Jahren beschnupperten, erscheint jetzt tatsächlich ein Zusammengehen möglich. Ein Akt, der die Macht der Konzerne tatsächlich ins Wanken bringen kann. Zumal die treibende Kraft der Jugend hinter allem steht.

Drei Aufgabenstellungen:

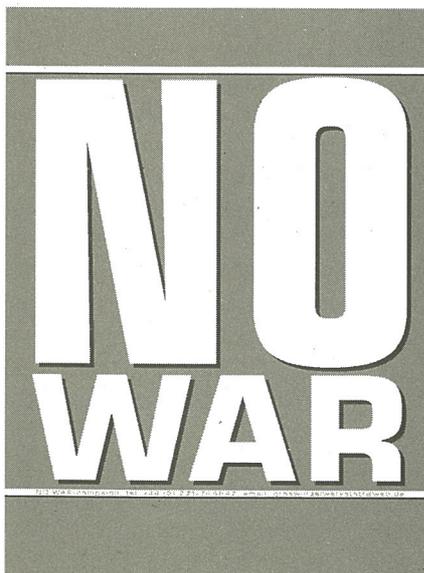
Die breitestmögliche Mobilisierung aller vom Kapitalismus enttäuschten und ausgebeuteten Kräfte muss forciert werden. Dazu gehören vor allem die Gewerkschaften, die politische Linke und die sozialen Bewegungen.

Die Formel von der „anderen Welt, die möglich ist“ muss glaubwürdig und überzeugend mit Leben gefüllt werden; untauglich aufgrund Selbstdiskreditierung sind unkritische Neuaufgüsse des „realen Sozialismus“ und auch das „chinesische Modell“.

Die organisatorische Durchschlagskraft der Bewegung muss entwickelt werden durch Strukturen, die integrierend wirken bei gleichzeitiger Benennung klarer Ziele und Schritte.

Resist Corporate Dictatorship! - Widerstand gegen die Diktatur der Konzerne!

Fight Corporate Power! - Brecht die Macht der Konzerne!



Verhaftet!

OrganisatorInnen des Europäischen Sozialforums ins Gefängnis geworfen. Vorwurf: „Zersetzung der demokratischen Ordnung“

In der Nacht zum Freitag, den 14. November 2002 wurden in Italien 20 VertreterInnen der globalisierungskritischen Bewegung festgenommen. Darunter die beiden Sprecher des süditalienischen „no global“-Netzwerkes, Francesco Caruso und Giuseppe Fonzino. Insgesamt wird nach Angaben der italienischen Staatsanwaltschaft gegen 41 Personen ermittelt. Sie wirft ihnen vor, die „Zersetzung der demokratischen Ordnung“ betrieben zu haben. 13 Personen wurden direkt ins Gefängnis gebracht, sieben unter Hausarrest gestellt.

Die Aktion war von langer Hand vorbereitet und fand eine Woche nach Beendigung des Ersten Europäischen Sozialforums in Florenz statt. Ganz offensichtlich richtet sie sich gegen die Bewegung der Sozialforen, denn die meisten Verhafteten gehören zu den italienischen OrganisatorInnen des Forums. Die Herrschenden greifen zur Repression, weil sie das breite Bündnis zwischen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung fürchten, das am 9. November in Florenz mit mehr als einer Million Menschen voller Wut und machtvoll gegen Kapitalismus und Krieg demonstrierte.

In Italien brach eine Welle des Protestes los. Die „disobbedienti“ (die Ungehorsamen) besetzten das Gebäude der Staatsanwaltschaft, in mehreren Städten wurden Demonstrationen angekündigt. Die FIAT-ArbeiterInnen, die sich derzeit in Kampfaktionen gegen Massenentlassungen befinden, solidarisierten sich mit den Verhafteten und forderten deren Freilassung.

Weitere Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

„Brecht die Macht der Konzerne!“

Florentiner CBG-Seminar erfolgreich

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) demonstrierte in Florenz nicht nur, sie bot auch ein Seminar zur internationalen Strategie und Taktik gegen multinationale Konzerne an, das sich regen Zuspruchs erfreute.

Von Axel Köhler-Schnura



Das Seminar der CBG in Florenz

Schon immer begriff die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) ihre Arbeit nicht als eine nur auf einen Einzelkonzern gerichtete, sondern als ein Beispiel erfolgreicher Arbeit gegen multinationale Konzerne insgesamt. Ziel der Arbeit der CBG ist nicht der Ruin eines Unternehmens, sondern die Überwindung von Konzern-Herrschaft und Profit-System insgesamt. Entsprechend arbeitet die CBG seit 24 Jahren zwar konkret und konzentriert zum BAYER-Konzern, verallgemeinert jedoch immer wieder die Erfahrungen ihrer Arbeit im Hinblick auf das gesamte kapitalistische System und stellt diese Erfahrungen und Verallgemeinerungen der

nationalen und internationalen konzernkritischen Bewegung zur Qualifizierung der Strategie und Taktik zur Verfügung.

Beispiele dieses Selbstverständnisses der CBG sind die Gründung des DACH-VERBANDES DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE (bereits in den 80er Jahren), die jährlich stattfindenden Jahrestagungen zu Querschnittsthemen wie „Konzerne und Gentechnik“, „Konzerne und Gesundheitswesen“ oder in diesem Jahr „Konzerne und Krieg“, die Gründung der Kampagne „Nie wieder!“ gegen die IG FARBEN sowie die Mitarbeit in internationalen Bündnissen wie CORPORATE WATCH oder CORPORATE EURO-



PE OBSERVER (CEO). Auch an Aufrufen und Aktionen wie gegen den Global Compact, das Konzern-Bündnis zwischen UNO und Multis, die WTO (Welthandelsorganisation), den Transatlantic Business Dialogue, das World Economic Forum und viele anderen maßgeblichen politischen Schaltstellen von Konzern-Herrschaft sind wir maßgeblich beteiligt. Ja oftmals enthüllen wir die Machenschaften dieser Politik-Konzern-Scharniere überhaupt erst.

Nachdem die CBG auch aktiv an der Gründung eines europäischen Netzwerkes konzernkritischer Gruppen vor zwei Jahren beteiligt war, war es für uns selbstverständlich, in der deutschen Vorberei-

tungsgruppe des Europäischen Sozialforums im November 2002 in Florenz den Bereich „Transnationale Konzerne“ zu übernehmen. Und es war für uns auch selbstverständlich, im Rahmen des internationalen Diskussionsangebots in Florenz ein Seminar und mehrere workshops zum Thema „Internationale Strategie und

Wir rechneten mit 300 TeilnehmerInnen, gekommen sind ca. 800. Kurzerhand mussten Nachbarräume und Flure mitbelegt werden

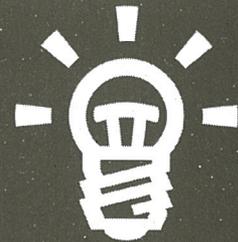
Taktik gegen transnationale Konzerne“ auszurichten, sowohl im Rahmen des offiziellen Programms als auch des „Autonomous Space“, des Forums der europäischen autonomen Bewegung in Florenz.

Da das Seminar-Angebot in Florenz die vorhandenen räumlichen Kapazitäten weit überschritt, musste das zentrale CBG-Seminar kurzfristig mit einem Seminar unserer FreundInnen von CEO/Niederlande und von ATTAC/Dänemark zum Thema „Konzerne und EU“ zusammengelegt werden. Dennoch war die in fünf Sprachen gedolmetschte Veranstaltung außerordentlich erfolgreich. Wir rechneten mit 300 TeilnehmerInnen, gekommen sind ca. 800. Kurzerhand mussten Nachbarräume und Flure mitbelegt werden, was allerdings aufgrund der Infrarot-Übertragung der Dolmetscher-Anlagen nicht ganz einfach war. Insgesamt zeigte der unerwartet hohe Zulauf zu unserem Seminar das große Interesse an unserer Arbeit und unseren Erfahrungen.

Auch im Rahmen der großen Messe der politischen Bewegungen waren wir mit einem Stand und mit Info-Material in vier Sprachen über die gesamte Dauer des Sozialforums hinweg vertreten. Hunderte neuer Kontakte - auch in zahlreiche BAYER-Betriebe hinein - waren das Ergebnis.

Unglücklicherweise litt ein workshop der BELEGSCHAFTSLISTE, ein Verbund kritischer GewerkschafterInnen aus dem BAYER-Werk Wuppertal, zum Thema „Pharma-Politik“ unter den Organisationsproblemen vor Ort.

Schließlich an dieser Stelle unser ausdrücklich und ganz herzlicher Dank an die DolmetscherInnen unserer Veranstaltung und auch an alle DolmetscherInnen, die im Rahmen von Florenz als Projekt BABEL bis zum Nervenzusammenbruch ehrenamtlich und ohne jedes Entgelt übersetzten und auch bei der großen Demonstration einen von Lebenslust sprühenden multinationalen BABEL-Block mit eigenen multinationalen Sprechchören und Transparenten bildeten.



Die Zeitschrift
fürs Vergnügen.
Am Denken.

**MARXISTISCHE
BLÄTTER**



**Analysen
Hintergrund
Kontroversen
Kommentare**

Alle 2 Monate
112 Seiten.
42,50 € / Jahr,
ermäßigt 27,50 €.
Probeheft kostenlos.

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstr. 18
45127 Essen
Fax 0201 - 2 48 64 84
NeueImpulse@aol.com

Mitangeklagt in Produkthaftungsprozess

Asbest-Kranke vs. BAYER



Der Prozess vor dem Gericht im nordamerikanischen Bundesstaat West Virginia gilt als das bisher größte Produkthaftungsverfahren in der Justiz-Geschichte. Mehr als 8.000 Asbest-Geschädigte reichten eine Sammelklage gegen 259 Unternehmen ein. Mit auf der Anklage-Bank: BAYER. Für den Leverkusener Chemie-Multi war es nicht die erste juristische Auseinandersetzung mit Asbest-Opfern und wird vermutlich auch nicht die letzte gewesen sein. Mit „Respiratory Care“ - Atemschutz - , einer Verballhornung von BAYERs Umweltschutz-Slogan „Responsible Care“, war in den USA deshalb ein Artikel über die vielen Prozesse in Sachen Asbest überschrieben.

Von Jan Pehrke

Ein Mann im Rollstuhl mit Schläuchen in der Nase zur künstlichen Beatmung, ein Ex-Bauarbeiter mit Atem-Gerät in der Hand vor einem Korb voller Medikamente, ein in seinem Krankenbett mit weit aufgerissenen Mund nach Luft schnappender ehemaliger Zement-Werker - drei von über 600.000 Asbest-Kranken allein in den USA, deren Fotos die Zeitschrift *Multinational Monitor* vor zwei Jahren veröffentlichte. Joe Durbant, Paris Jenkins, Tom Bowlby und ihre Leidensgenossen haben überwiegend in der Bau-Wirtschaft, bei Reifen-Herstellern oder bei Chemie-Unternehmen gearbeitet. Dort sind sie mit den gefährlichen Asbest-Partikeln in Berührung gekommen. Schon ein Luftzug genügte, und aus den Fasern des Minerals lösten sich feinste Stäube. Eingeatmet, konnten sie sich in den Atem-Organen festsetzen und schwerste Gesundheitsschädigungen auslösen. Einer gab der Stoff sogar einen eigenen Namen: Asbestose, eine Form der Staublungen-Krankheit. Aber auch Lungen- und

Brustfell-Krebs vermag die Substanz hervorzurufen. Zwischen dem Kontakt mit Asbest und dem Ausbruch von Krankheiten liegen oft Jahrzehnte. Diese schleichende Wirkung des Gifts unterstreicht eindringlich die Notwendigkeit

BAYER führt im neuesten „Sustainable Development“-Bericht für das Jahr 2000 130 „anerkannte“ Berufskrankheiten auf. „Als Krankheitsauslöser waren bei uns vor allem Expositionen gegen Asbest und Lärm relevant“, heißt es dort

von Langzeit-Untersuchungen zur Risiko-Abschätzung nicht nur im Chemie-Bereich, sondern auch bei neuen Entwicklungen wie etwa der Gentechnik.

So tauchen Joe Durbant, Paris Jenkins, Tom Bowlby und die anderen Opfer erst jetzt in den Statistiken von BAYER & Co. zu Berufskrankheiten auf. Die Berufs-

genossenschaft Chemie „bezieht“ die Zahl der 2001 gestellten Anträge auf Anerkennung einer asbest-bedingten Krankheit auf 768; 135 Menschen erlagen in dem Berichtszeitraum ihrer Asbest-Erkrankung. BAYER führt im neuesten „Sustainable Development“-Bericht für das Jahr 2000 130 „anerkannte“ Berufskrankheiten auf. „Als Krankheitsauslöser waren bei uns vor allem Expositionen gegen Asbest und Lärm relevant“, heißt es dort - genauer will der Konzern dabei nicht werden. Nicht nur die mit zwei Fällen für Afrika, drei für Asien/Australien und sieben für Lateinamerika gegenüber Europa (86) und Nordamerika (32) äußerst niedrigen Zahlen legen eine hohe Dunkelziffer nahe. Auch die restriktive Anerkennungspraxis der Berufsgenossenschaften, was Berufskrankheiten angeht, lässt auf weit mehr berufsbedingte Asbest-Erkrankungen schließen. Trotz der vielen Krankheitsfälle ist das Chemie-Unternehmen bisher nicht dem Beispiel RWEs gefolgt und hat ein nachsorgendes Vorsorge- →

arbeiterfotografie

Seit über 25 Jahren rückt die Zeitschrift Arbeiterfotografie deutlich ins Bild, was in anderen Medien verzerrt oder gar nicht erscheint

KLAR ich abonniere die Arbeiterfotografie
jährlich 2 Hefte á 6,50 Euro

Name, Anschrift

Ort, Datum, Unterschrift
Druckwerk, Mühlhofer Hauptstr. 5, 90453 Nürnberg
per eMail: druckwerk@odn.de

Arbeiterfotografie - Fotos zum Bestellen im Internet
Aktuelle Bildreportagen zum Einsatz in der gesellschafts-
politischen Auseinandersetzung

Arbeiterfotografie - Hintergrundinformation
in Zeitschrift und Internet - Sonderseiten zu Genua 2001 und
Sonderseite Kein Krieg - die neue Weltordnung nach Sept11th

arbeiterfotografie.com

Genua 2001: Internationaler Marsch 21.7., direct action, 20.7., Marsch der Migranten 19.7.



z e i g e n



w a s a n d e r e



v e r s c h w e i g e n

Programm aufgelegt, das den betroffenen Personen-Kreis erfasst und den Asbest-Kranken medizinische Betreuung anbietet.

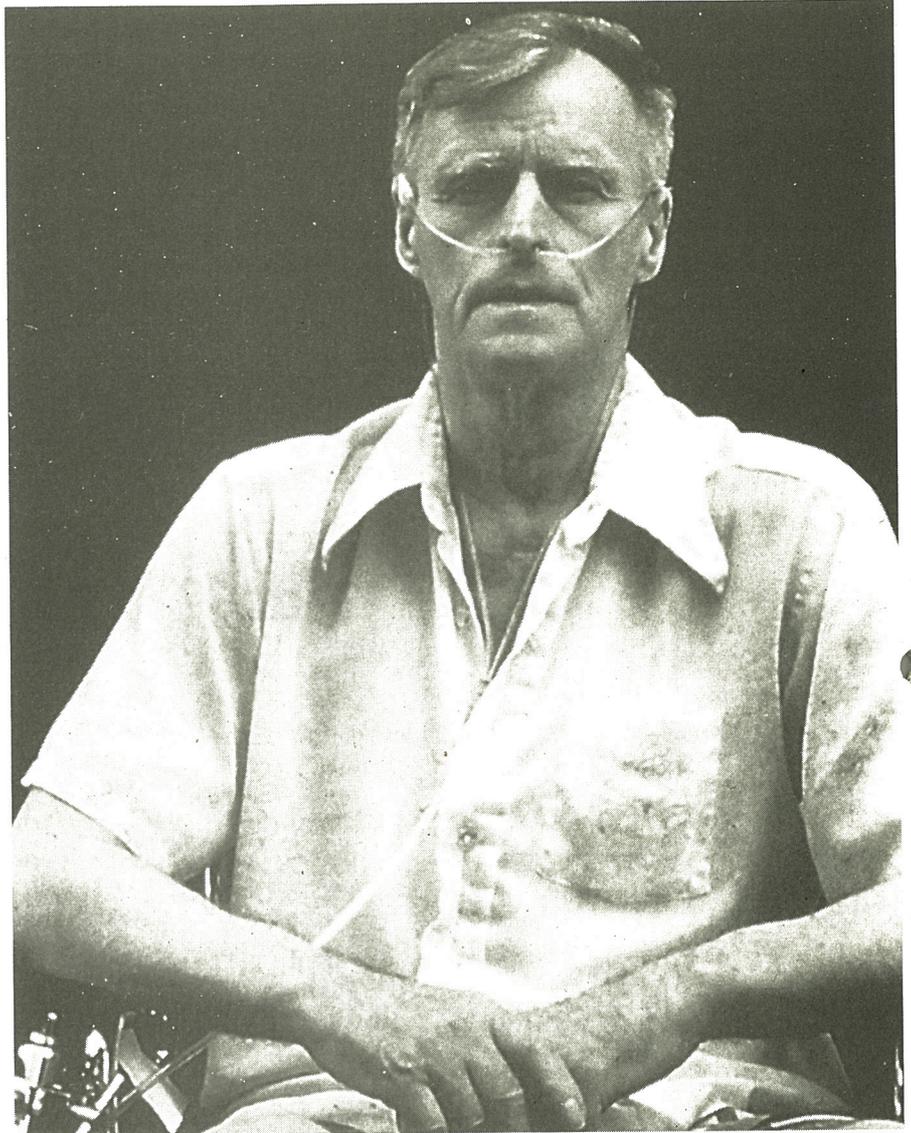
Nach BAYER-Angaben gehen die meisten Asbest-Erkrankungen innerhalb des Konzerns auf verbaute Platten aus Asbest-Zement und auf asbest-haltige Wärme-Isolierungen zurück. Damit nennt das Unternehmen aber längst nicht alle Gefahren-Quellen. Bei der Errichtung von

1978, in der Hochzeit des „Wunderstoffes“, entfielen von ca. 1,5 Millionen Tonnen asbest-haltiger Produkte 1.075.000 Tonnen auf die Bau-Wirtschaft und 311.000 Tonnen auf die Chemie-Industrie.

Chemie-Anlagen diente Asbest zur Abdichtung zwischen unterschiedlichen Material-Kombinationen. Besonders bei thermisch hoch belasteten Reaktionsabläufen kam es zum Einsatz. Desweiteren umhüllte die Substanz säure- und laugenführende Leitungen. Auch Filter, Lacke, Beiz-Wannen, Lager-Behälter und Reaktionsbehältnisse enthielten den Stoff.

Nur in der Bau-Industrie war Asbest verbreiteter. 1978, in der Hochzeit des „Wunderstoffes“, entfielen von ca. 1,5 Millionen Tonnen asbest-haltiger Produkte 1.075.000 Tonnen auf die Bau-Wirtschaft und 311.000 Tonnen auf die Chemie-Industrie. Dann folgt erst die Branche der Fußboden-Verleger mit 50.000 Tonnen. Die „Zentrale Erfassungsstelle asbeststaub-gefährdeter Arbeitnehmer“ (ZAS) stuft noch 1989 von 28.550 bei der Behörde erfassten bundesdeutschen Chemie-WerkerInnen 6.283 als Risiko-KandidatInnen ein.

Von diesem Risiko wussten BAYER & Co. bereits lange. Mit Sklaven, die Asbest zu Tüchern verarbeiteten, tauchten die ersten Opfer der Feinstäube bereits vor 2000 Jahren in historischen Quellen auf. 1918 weigerten sich Versicherungen in den USA wegen der zahlreichen Fälle von Berufskrankheiten im Zusammenhang mit dem Mineral bereits, Asbest-Arbeitern Policen zu verkaufen. 1964 räumte dann eine groß angelegte, im *Journal of the American Medical Association* veröffentlichte Untersuchung letzte Zweifel an den krankmachenden Effekten aus. Trotzdem



erfolgte das Asbest-Verbot in der Bundesrepublik erst 1989. Durch gekaufte GutachterInnen und WissenschaftlerInnen sowie Zuwendungen an das dem damaligen Bundesgesundheitsamt angegliederte „Institut für Wasser-, Boden- und Luft-Hygiene“ für verharmlosende Expertisen gelang es den interessierten Kreisen 25 Jahre lang, die fälligen gerichtlichen Schritte hinauszuzögern. 25 Jahre, welche die Todes- und Krankheitslisten ein immenses Ausmaß annehmen ließ. Von 1950 bis 1989 starben in der Bundesrepublik offiziell 1.417 Arbeiter durch Asbest-Exposition, 3.557 erkrankten. Der Diplom-Chemiker Gerd Albracht schätzt den volkswirtschaftlichen Schaden, den Asbest-induzierte Berufskrankheiten verursachten, auf ca. 3,75 Milliarden Euro.

Büßen mussten BAYER & Co. dafür nur in den USA. Über 600.000 Geschädigte haben dort gegen mehr als 6.000 Unternehmen Prozesse geführt und ca. 57 Milliarden Dollar an Schadensersatz-Zahlungen erstritten. Die Konzerne und ihre

SachwalterInnen sehen deshalb schon das Ende des kapitalistischen Abendlandes nahen. Nach Ansicht von David Austern, einer der Treuhand-Verwalter der Industrie für Asbest-Klagen, bedrohen die Ansprüche der Erkrankten die US-Ökonomie mehr als die spektakulären Pleiten der Bilanz-Fälscher ENRON und WORLD-COM. Die Tageszeitung *Faz* stimmt ebenfalls apokalyptische Töne an. „Asbest-Klagen in Amerika nehmen dramatische Ausmaße an“, überschrieb das kapitalfreundliche Blatt einen Artikel zum Thema. Dieser Zweck-Pessimismus hat Methode. Er soll die RichterInnen aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus zu milden Urteilen gegen die beschuldigten Firmen veranlassen und die Opfer so um ihre berechtigten Forderungen bringen.

Einen anderen erfolgreichen Versuch zur Schadensbegrenzung startete die Asbest-Company GAF. Sie pflegte die politische Landschaft mit Spenden in Höhe von 7,1 Millionen Dollar, damit der Kon-

gress das juristische Eigengewächs der Industrie, den „Fairness in Asbestos and Compensation Act“, erblühen ließ. Dieses Gesetz schließt durch eine äußerst strenge Definition von asbest-induzierten Krankheiten sehr viele Anspruchsberechtigte aus und bürdet überdies den Opfern die Beweislast auf. Wie die Betroffenen-Organisation WHITE LUNG ASSOCIATION und andere Verbände kritisieren, sparen die Multis auf diese Weise Milliarden Dollar.

Auch im Vorfeld des mit über 8.000 KlägerInnen und 259 angeklagten Unternehmen größten Produkthaftungsverfahrens in der Geschichte der Justiz vor dem Bundesgericht in West Virginia arbeiteten die RechtsstrategInnen von BAYER & Co. auf Hochtouren. Mit der fadenscheinigen Begründung, die Geschworenen wären dem Mammut-Prozess nicht gewachsen, beantragten die JuristInnen eine Verschiebung. Sie wollten auf Zeit spielen und die Opfer auf dieser Weise müde machen, um sie dann mit einem Almosen

abspeisen zu können. Aber die RichterInnen durchschauten das Manöver und setzten den 23. September als ersten Verhandlungstermin an. Da kapitulierten die Beschuldigten. Einem Prozess mit ungewissem Ausgang zogen sie eine außergerichtliche Einigung vor und zahlten den Opfern einen Betrag von drei Milliarden

Für BAYER war es nicht die erste juristische Auseinandersetzung in Sachen Asbest. Bereits 1996 saß der Leverkusenser Chemie-Multi auf der Anklagebank

Dollar. Für BAYER war es nicht die erste juristische Auseinandersetzung in Sachen Asbest. Bereits 1996 saß der Leverkusenser Chemie-Multi auf der Anklagebank. Und es dürfte nicht die letzte gewesen sein. Angesichts von jährlich 2.500 Neuerkrankungen sieht David Austern den Höhepunkt der Rechtsstreitigkeiten erst noch kommen. Ad acta gelegt wird das

leidige Thema auch in 20, 30 Jahren nicht sein. Selbst heutzutage müssen sich ArbeiterInnen nämlich noch Asbest aussetzen. Die Vereinigten Staaten erlauben Verarbeitungen in Bremsbelägen und Dichtungen, Japan gestattet ebenfalls einige Anwendungen. Von Kanada aus erreichen Jahr für Jahr große Asbest-Mengen die Weltmärkte. Das Land wollte Frankreich mit einer Klage vor der Welt Handelsorganisation WTO sogar dazu zwingen, das Import-Verbot für das Mineral aufzuheben, was aber nicht gelang. Der französische Multi SAINT-GOBAIN unterhält nach wie vor Asbest-Minen in Brasilien. Die Menschen der so genannten Dritten Welt sind dem gefährlichen Stoff denn jetzt auch im größten Maße ausgeliefert. Vornehmlich um ihre Gesundheit zu schützen, erhob die Internationale Chemie-Gewerkschaft ICEM gemeinsam mit anderen ArbeiterInnen-Organisationen im Jahr 2000 die Forderung nach einem weltweiten Asbest-Verbot.

Die Banken vertreten mit Ihren BAYER-Aktien nur eigene Interessen. Wir treten ein für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Sicherung. Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte.

Besitzen Sie Bayer-Aktien?



Kritische BAYER-AktionärInnen • *Coordination gegen BAYER-Gefahren*
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fon 0211 - 333911 • Fax 0211 - 333940
 e-mail: CBGnetwork@aol.com



Ja, ich habe Interesse:

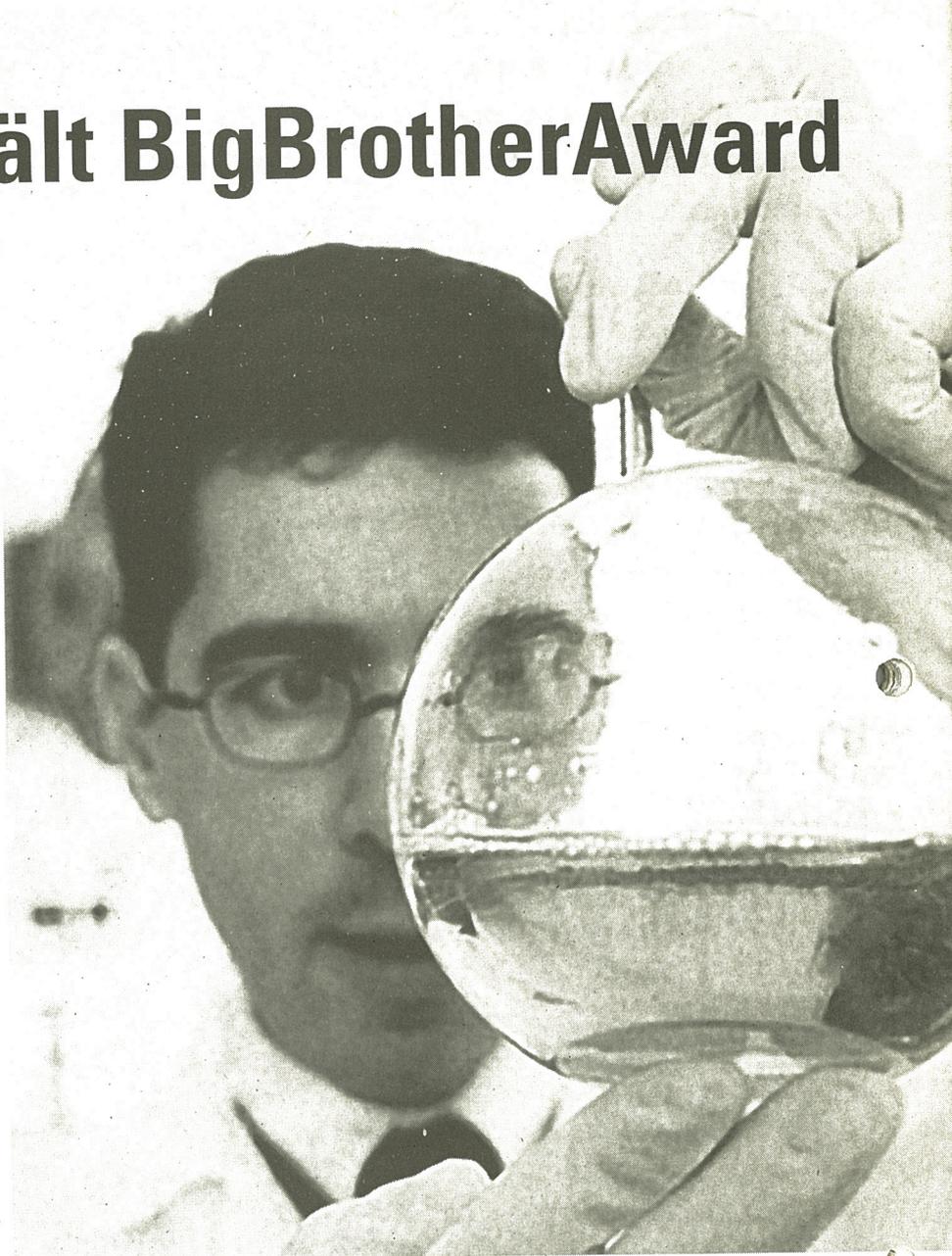
Name : _____ Alter: _____
 Adresse : _____
 Telefon : _____ Fax: _____

Spitze im Spitzeln:

BAYER erhält BigBrotherAward

Der „Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs e.V. (FoeBuD)“ verleiht seit 1998 den BigBrotherAward an Firmen, Organisationen und Personen, die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen. Im Jahr 2002 zeichnete der Verein BAYER aus, weil der Leverkusener Chemie-Multi bei BewerberInnen obligatorisch ein Drogentest durchführt. SWB dokumentiert die „Laudatio“

Von Rena Tangens (FoeBuD)



Dieser Bewerber muss wg. schlechter Urin-Werte leider durchfallen

Der BigBrotherAward der Kategorie „Arbeitswelt“ geht an die BAYER AG, Leverkusen, da sie Bewerberinnen und Bewerber, die im Unternehmen eine Ausbildung machen wollen, zu einem Drogentest zwingt. Dafür müssen die Betroffenen eine Urin-Probe abgeben. Formal haben sie die Wahl und können den Drogentest auch ablehnen - faktisch kann hier von „freiwilliger Zustimmung“ keine Rede sein. Denn allen ist klar: Wer den Drogentest verweigert, hat schlechte Karten bei der Vergabe der Ausbildungsplätze.

Die Schweigepflicht der - wohlge- merkt - „Werks- oder Betriebsärzte“ ist zwar offiziell gewährleistet, denn die Details der Test-Ergebnisse dürfen der Firmenleitung nicht mitgeteilt werden. Aber

es gibt den Vermerk „Bewerber/in geeignet“ oder „nicht geeignet“. Ein Etikett mit weit reichenden Folgen auf wackeliger Grundlage.

Als Begründung für die Drogentests wird die Arbeitssicherheit angeführt - auch wenn es bislang noch keine Studien über die Folgen von illegalem Drogenkonsum am Arbeitsplatz gibt. Nach Angaben der „Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e.V.“ geht jeder dritte bis vierte Arbeitsunfall auf die legale Droge „Alkohol“ zurück - der Alkohol-Konsum wird aber bei diesen Tests gar nicht untersucht.

Fest steht: Die Urintests dienen der Selektion im Vorfeld. Damit zeugen die Tests von einem grundsätzlichen Mißtrau-

en einer Unternehmensleitung gegenüber den potentiellen MitarbeiterInnen. Generalverdacht statt Unschuldsvermutung, wie sie im Rechtsstaat eigentlich üblich ist. Und: Kontrolle statt Beratung. Urintests sind entwürdigend. In Gegenwart eines möglichen zukünftigen Kollegen oder einer Kollegin eine Pinkelprobe abgeben zu müssen, ist eine Demütigung. Mit einem solchen Drogentest muss man auch sein Privatleben und seine Freizeit-Gewohnheiten dem Konzern gegenüber offen legen - und das immer häufiger schon im Vorfeld, noch bevor man bei einem Unternehmen in Lohn und Brot steht.

So haben Urintests den Nebeneffekt, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

einzuschüchtern und ihnen die Macht des Unternehmens zu demonstrieren, indem sie sprichwörtlich am eigenen Leibe erfahren, dass Menschenwürde und Privatsphäre hinter den Fabriktüren nur noch eingeschränkt Gültigkeit haben. Barbara Ehrenreich schreibt in ihrem Buch „Arbeit poor“, für das sie im Selbstversuch Erfahrungen mit Einstellungstests bei US-amerikanischen Unternehmen gesammelt hat: „Ich bin mir sicher, dass der eigentliche Sinn dieser Tests darin besteht, nicht etwa dem Arbeitgeber, sondern dem potentiellen Angestellten bestimmte Informationen zu übermitteln. Und die wichtigste Information lautet stets: Du wirst keine Geheimnisse vor uns haben.“

Bei all diesen „Nebenwirkungen“ sind die Urintests zudem fachlich auch noch ausgesprochen unzuverlässig. Die Fehler-Quellen sind vielfältig: Genuss von Mohnkuchen z.B. kann tatsächlich zu einem positivem Opiat-Ergebnis führen. PassivraucherInnen oder Müsli-EsserInnen können sich plötzlich und unerwartet mit einem positiven Cannabis-Wert konfrontiert sehen. Grenzwerte, wieviel einer Substanz im Urin gefunden werden darf, existieren auch nicht.

Und die Nachweis-Zeiten der verschiedenen Substanzen sind äußerst unterschiedlich: Gefährliche Drogen wie Heroin, Kokain, Extasy und Speed sind nur 1 - 4 Tage nachweisbar, während Marihuana, das vergleichsweise harmlos und mittlerweile gesellschaftlich weithin akzeptiert ist, mehrere Wochen lang im Urin zu finden ist. Das bedeutet: Im Urin sind die Stoffe auch dann noch nachweisbar, wenn der Rausch längst verfliegen und die betreffende Person voll arbeitsfähig ist.

Die BAYER AG ist hier exemplarisch nominiert - Drogentests werden in den letzten Jahren bei immer mehr Unternehmen in Deutschland zur gängigen Praxis bei der BewerberInnen-Auswahl, insbesondere bei der Chemischen Industrie, z.B. bei BASF und AVENTIS, aber auch bei DAIMLERCHRYSLER in Sindelfingen und Untertürkheim, bei der DEUTSCHEN BAHN, bei BOSCH, den HEIDELBERGER DRUCKMASCHINEN, den Kieler Stadtwerken oder der VOLKSWAGEN AG Wolfsburg. Damit setzen sie unversehens neue Standards, denn es wird suggeriert, dass

Unternehmen, die nicht testen, nun die ganzen Drogen-KonsumentInnen als BewerberInnen bekämen.

In den USA führen inzwischen über 80 % der umsatzstärksten Unternehmen „drogenscreenings“ durch. Entsprechend blüht in den USA der Markt mit Medikamenten zum Ausschwemmen der nachweisbaren Substanzen. Sogar Proben von garantiert drogenfreiem Fremd-Urin (à 69 Dollar) kann man dort erwerben. So wird der amerikanische Drogentest eher zum Kosten-Faktor und Intelligenz-Test: Wie manage ich es, eine einwandfreie Probe zu bekommen? Die Arbeitssicherheit ist

So haben Urintests den Nebeneffekt, den BewerberInnen die Macht des Unternehmens zu demonstrieren, indem sie sprichwörtlich am eigenen Leibe erfahren, dass Menschenwürde und Privatsphäre hinter den Fabriktüren nur noch eingeschränkt Gültigkeit haben

durch diese Tests übrigens nicht nachweisbar verbessert worden. Sie dienen mehr der Gängelung der ArbeitnehmerInnen. Bezeichnenderweise werden Drogenscreenings vor allem bei den unteren Lohnklassen durchgeführt - IngenieurInnen, ProgrammiererInnen und ManagerInnen wird diese Prozedur nicht zugemutet.

Ganz nebenbei sind dem Missbrauch im Unternehmen Tür und Tor geöffnet: Nicht zuletzt kann das für einen Drogentest abgegebene Urin einer Bewerberin oder eines Bewerbers auch auf eine etwa bestehende Schwangerschaft hin examiniert werden. Das ist illegal. Aber wer überprüft, ob das Verbot auch eingehalten wird? Und wer weiß, wie lange das Verbot noch gilt?

GewerkschaftsvertreterInnen befürchten, dass auch genetische Tests für BewerberInnen bald hoffähig werden, wenn Urintests stillschweigend akzeptiert werden. BAYER macht es vor beim Drogenscreening für Auszubildende: Mit Mehrheitsbeschluss des Betriebsrates zur so genannten Regel-Absprache - natürlich völlig freiwillig. Und mit Zustimmung der Betroffenen ist alles möglich. Herzlichen Glückwunsch, BAYER AG!



Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
20. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
Internet: <http://www.dsk.de/rds/16985014.htm>
<http://www.CBGnetwork.de>
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Volker Rekkittke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag,

Vertrieb: CBG

Layout: Rike Casper

Druck: Ordensgemeinschaft Beschäftigungshilfe
(0211/44 93 98 70)

Bankverbindung: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1999
(1/1 S. sw 500,- €, 1/2 S. 300,- €
1/3 S. = 1 Spalte 175,- € zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg

Die meisten LIPOBAY-Opfer lassen sich nicht abfinden „Ein Butterbrot für Leid und Tod“

BAYER hat die ersten „Entschädigungen“ im LIPOBAY-Skandal gezahlt - „ohne Schuld-Anerkenntnis“, wie es heißt. Doch die Strategie der außergerichtlichen Einigung geht nicht auf. Eine gigantische Klagewelle rollt auf BAYER zu, der Wert der Aktie sinkt immer mehr.

Von Hubert Ostendorf

LIPOBAY® 0,4: Kraftpotenzial in der LIPOBAY®-Therapie maximiert.

NEU MISSION 0,4 LIPOBAY®

Stark, schnell, zuverlässig.
LIPOBAY

www.lipobaycardio.de

LIPOBAY 0,1 / 0,2 / 0,3 / 0,4. Wirkstoff: Cerivastatin-Natrium. **Zusammensetzung:** Wirkstoff: 1 Filmtablette LIPOBAY 0,1 / 0,2 / 0,3 / 0,4 enthält 0,1 mg / 0,2 mg / 0,3 mg / 0,4 mg Cerivastatin-Natrium entspr. 0,0954 mg / 0,1908 mg / 0,2862 mg / 0,3817 mg Cerivastatin. Hilfsstoffe: Croscopolidon, Mannitol, Magnesiumstearat, Natriumhydroxid, Povidon 25, Hydranellulose, Macrogol 4000, Titandioxid (E 171) (nicht LIPOBAY 0,4), Eisenoxidhydroxid (E 172). **Anwendungsgebiete:** Primäre Hypercholesterinämie Typ IIa/IIb (ohne/mit Hypertriglyceridämie). Zur Anwendung bei Patienten mit Hypercholesterinämie, wenn Diät allein eine ungenügende Wirkung gezeigt hat. **Gegenanzeigen:** Überempfindlichkeit gegen Cerivastatin oder einen der Hilfsstoffe von LIPOBAY, Myopathie, Leberfunktionsstörungen oder ungelöste anhaltende Erhöhungen der transaminasen, Schwangerschaft und Stillzeit sowie bei gebärfähigen Frauen ohne ausreichende nicht-hormonale Empfängnisverhütung. **Nebenwirkungen:** In klinischen Studien sowie bei gebärfähigen Frauen ohne ausreichende nicht-hormonale Empfängnisverhütung: erhöhte CPK-Werte, Erhöhungen der Transaminasen, Myalgie, Übelkeit, Hautausschlag, Arm- und Beinschmerzen, Arthralgie, Myositis, Schläfrigkeit, Parästhesie, Schwindel, Sehstörungen, in Spontanberichten: allergische Reaktionen, Anaphylaxie, Angioödem, Hepatitis, Rhabdomyolyse (einige mit sekundärem akutem Nierenversagen nach Myoglobinurie) und Myositis. **Verschreibungspflichtig.** Stand der Information: D/6 (9/2000) Bayer Vital GmbH, 51368 Leverkusen

Bayer

Tödliche Mission – LIPOBAY-Werbung in Ärzte-Zeitschrift

BAYER-Chef Werner Wenning muss gegenüber der *Financial Times Deutschland* die bittere Wahrheit eingestehen: Schon über 3.500 Klagen wegen schwerster Nebenwirkungen durch LIPOBAY seien in Vorbereitung, die meisten in den USA. Wie berichtet (*SWB 3/02*), sind weltweit unzählige PatientInnen Opfer einer einseitig auf Profit ausgerichteten Vermarktung des Blutfettsenkers geworden, über 100 sind sogar gestorben. Dabei hätte der Skandal vermieden werden können: BAYER hatte rechtzeitig vor der Markteinführung von den tödlichen Risiken gewusst.

Wie immer in solchen Fällen ist Schadensbegrenzung angesagt. Oberstes Ziel dabei: Den Kurs der Aktie nicht zu gefährden. Doch diese Strategie geht nicht auf. Nach Bekanntwerden der Todesfälle stürzte das BAYER-Papier in einem nie dagewesenen Ausmaß ab und steht nun, nach zwischenzeitlicher Erholung, erneut unter Druck. Denn: Die meisten Geschädigten wollen sich nicht außergerichtlich mit BAYER „einigen“. „Wir lassen uns nicht mit einem Butterbrot für Leid und Tod abspesen“, so ein US-amerikanisches Opfer. Entsprechend niedrig ist die Zahl derer, die „Entschädi-

gungszahlungen“ akzeptieren. Nur etwa 100 Betroffene haben die durchschnittlich angebotenen 200.000 Dollar angenommen. Kein Wunder, denn der Betrag ist geradezu lächerlich im Vergleich zu den angestregten Millionen-Klagen. Er ersetzt nicht einmal die Kosten, die durch Verdienst-Ausfall nach Berufsunfähigkeit entstehen. Und: Die Opfer müssen eine Erklärung unterschreiben, die ihnen Still-schweigen und Verzicht auf gerichtliche Schritte abfordert. Wer sich auf einen derart miesen Deal einlasse (erklärte ein US-Anwalt), handele aus purer Not. Etwa, weil er befürchte, das Ende eines langjährigen Gerichtsverfahrens nicht mehr zu erleben.

BAYER setzt wie so oft, zuletzt im Skandal um AIDS-verseuchte Bluter-Präparate, auf die biologische Lösung. Diesem Ziel dient auch die strikte, skrupellose Weigerung, auch nur ein Quäntchen von Schuld anzuerkennen. „Wir sind überzeugt, dass wir stets dem jeweiligen

Erkenntnisstand entsprechend verantwort-lich gehandelt haben“, so der BAYER-Vorstandsvorsitzende Wenning. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob der Konzern den Skandal mit dieser zynischen Gangart und ohne Einsatz von Eigenmitteln übersteht. Der Unternehmenschef glaubt zweckoptimistisch, dass „keine Rückstel-lung erforderlich“ ist, da der Konzern „gegen Produkthaftungsrisiken in üblicher Höhe versichert“ sei. Pharma-Analyst Ulrich Huwald rechnet jedoch vor, dass allein die außergerichtliche Entschädi-gung von 2.000 Opfern „etwa eine Milliar-de Dollar“ kosten würde. Sollte dieser Betrag in die Konzern-Bilanz eingebucht werden, so Huwald, „dürfte dies das Ergebnis erheblich belasten“. Wenn dann noch die Opfer vor Gericht erfolgreich sind, könnte die BAYER-Aktie - von April diesen Jahres bis Redaktionsschluss ohnehin schon von etwa vierzig auf zwanzig Euro gesunken - ins Bodenlose abstürzen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert:

- Umfassende Entschädigung aller Pharma-Opfer
- Beweislast-Umkehr: Nicht die Opfer müssen ihre Schädigung nachweisen, sondern BAYER, dass ggf. keine Schädigung vorliegt
- Die Entwicklung von neuen Arzneien muss nach medizinische Bedürfnissen entsprechend den Anforderungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erfolgen und nicht nach Profit-Interessen
- Die Gesundheitssysteme müssen demokratisch kontrolliert und verwaltet und den kommerziellen Interessen der Pharmakonzerne und ÄrztInnen-Organisationen entzogen werden.

Anzeige

DAS FEMINISTISCHE BLATT

WIR FRAUEN

Seit 20 Jahren bietet WIR FRAUEN 4 x jährlich auf 36 Seiten Informationen zur Politik und Gesellschaft im eigenen Land. Wir stellen Frauenprojekte vor und lassen sie selbst zu Wort kommen. Für uns geschrieben haben in den letzten Jahren u.a.: Irmtraut Morgner, Agnes Smedley, Ute Gerhard, Gisela Steineckert, Peggy Parnass, Christiane Barckhausen, Uta Ranke-Heinemann, Jutta Heinrich...



Peggy Parnass:
»Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant, informativ und ungewöhnlich ist.«



Jutta Heinrich: »Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirrbareren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«

FORUM FÜR AUSSERPARLAMENTARISCHE FRAUENPOSITIONEN

- 1/2002: Einsteigen – Aufsteigen – Aussteigen? Karrierebarrieren
- 2/2002: Bitte bleiben Sie gesund – Der Gesundheitsmarkt
- 3/2002: Mütter: Die Hand an der Wiege
- 4/2002: Fräuleinwunder – Mädchenpower – Girliekult

WIR FRAUEN e.V. · Verein zur Förderung von Frauenpublizistik
ROCHUSSTR. 43 · 40479 DÜSSELDORF · TEL 0211.491 20 78 · FAX 0211.492 13 01

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 13 €* zzgl. 2 € Porto
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 2,60 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.

* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.

UNO-Bericht: H. C. STARCK lügt

**BAYER-Tochter
macht weiterhin
Kriegsgeschäfte**



Vor allem Kinder-Soldaten müssen im Kongo den Krieg um Diamanten und Coltan führen

Seit langem behauptet die BAYER-Tochter H. C. STARCK kein Coltan mehr aus dem Kongo zu beziehen und damit auch nicht mehr zur Finanzierung des blutigen Krieges in dem Land beizutragen. Ein Bericht der UNO beweist das Gegenteil

Von Philipp Mimkes

Der UNO-Bericht zu Rohstoff-Exporten aus dem kongolesischen Bürgerkriegsgebiet bezichtigt die Goslarer Firma H.C. STARCK der Lüge. Das zum BAYER-Konzern gehörende Unternehmen behauptete Anfang des Jahres in einer Pressemitteilung, seit Sommer 2001 keine Rohstoffe mehr aus Zentralafrika zu beziehen. Der UNO liegen jedoch Dokumente vor, nach denen H.C. STARCK von der in Bukavu/Kongo ansässigen Firma EAGLE WING weiterhin das Mineral Coltan bezieht und somit die Kriegswirtschaft im Kongo am Leben erhält.

Auch die Aussage der Firma, in der Vergangenheit lediglich mit Partnern kooperiert zu haben, die „keine Abgaben an Rebellen-Organisationen leisten oder geleistet haben oder in anderer Form mit diesen kooperieren“ wird als unwahr bezeichnet. Wörtlich heißt es in dem Bericht der UNO: „In a press statement issued on 24 May 2002, H. C. STARCK reiterated that the company had purchased no material originating in Central Africa since August 2001. The Panel possesses claimed that its coltan originates from „peasant suppliers“ and not from rebel

groups. In fact, no coltan exits from the eastern Democratic Republic of the Congo without benefiting either the rebel group or foreign armies." Der Bericht wurde dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt.

Nach Angaben der UNO wird der Krieg im Kongo wegen des „Zugangs zu und der Kontrolle von fünf Rohstoffen, darunter Coltan“ geführt. Die ruandische Armee und die von Ruanda unterstützte Rebellengruppen RCD finanzieren sich weitgehend durch den Verkauf von Coltan. Die UNO-ExpertInnen empfehlen dem Weltsicherheitsrat, „restriktive Maßnahmen“ gegen Firmen zu ergreifen, die an der „Plünderung der Ressourcen“ des Kongos beteiligt seien.

In einem weitere von der UNO untersuchten Fall bezog die thailändische Niederlassung von H. C. STARCK falsch deklariertes Coltan, das ebenfalls aus dem Kongo stammt. Nach Angaben der UNO war H. C. STARCK die Herkunft des Materials bekannt. Somit verstoße die Firma gegen die Richtlinien der OECD für multinationale Konzerne.

Die Firma H. C. STARCK ist Weltmarktführer für das im Coltan enthaltene

Der UNO liegen jedoch Dokumente vor, nach denen H.C. STARCK von der in Bukavu/Kongo ansässigen Firma EAGLE WING weiterhin das Mineral Coltan bezieht und somit die Kriegswirtschaft im Kongo am Leben erhält

Metall Tantal. Bereits in der Vergangenheit hatte das Unternehmen mehrmals die Unwahrheit gesagt. So äußerten Unternehmenssprecher gegenüber der Presse, erst Mitte 2001 auf die Problematik aufmerksam geworden zu sein. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hatte aber bereits im Jahr 2000 in einem Brief das Unternehmen aufgefordert, den Import aus dem Kongo einzustellen, weil das der Finanzierung der Kriegsparteien dient, hierauf jedoch nur eine unverbindliche Antwort erhalten.

Eine weitere Spur führt aus dem Kongo nach Kasachstan: Große Teile des in Zentralafrika geschürften Coltans wer-

den an die Atomfabrik Ulba Metallurgical Plant geliefert. H. C. STARCK hat in der Vergangenheit bei der Entsorgung von Giftstoffen eng mit der kasachischen Atomindustrie kooperiert. Ob das Unternehmen auch über Kasachstan Coltan bezieht, wollte die Firma auf Anfrage nicht beantworten.

Philipp Mimkes, Sprecher der CBG: „H.C. STARCK trägt Mitverantwortung für die grauenhaften Kämpfe in Zentralafrika, denen bereits Hunderttausende zum Opfer fielen. Wir fordern die Firma auf, den

Tantal-Import aus dem Kongo umgehend einzustellen und alle Partner vor Ort offenzulegen.“

Nach Angaben der UNO führt der zwangsweise Einsatz von LandarbeiterInnen in der Rohstoff-Verarbeitung zu einem Rückgang der Produktion von Nahrungsmitteln im Kongo. Unterernährung sowie die anhaltenden Kämpfe sind für eine der höchsten Sterblichkeitsraten der Welt verantwortlich - in den letzten fünf Jahren sollen 2-3 Millionen Menschen ums Leben gekommen sein.

NO
WAR

NO WAR-campaign, tel. +49 (0) 221/76 66 42, email: graswurzelwerkstatt@web.de

„Gangster-Unternehmen“ BAYER

Ermittlungen wg. Preis-Tricks bei Arzneien



Selbst mit der Armut kann BAYER krumme Geschäfte machen

BAYER kann es nicht lassen. Obwohl Abrechnungsmanipulationen bei den US-amerikanischen Arznei-Programmen für sozial Schwache „Medicare“ und „Medicaid“ den Leverkusener Chemie-Multi 14 Millionen Dollar Strafe gekostet haben; blieb seine kriminelle Energie ungebrochen. Wegen erneuter Täuschungsaktionen zu Lasten „Medicaids“ ermitteln jetzt die Staatsanwaltschaften von Massachusetts und Nevada gegen das Unternehmen.

Von Udo Hörster

In den USA ist mittlerweile gegen jeden großen Pillen-Konzern mindestens ein Verfahren anhängig. Seitdem die Justiz-Behörden mehr Arznei-SpezialistInnen eingestellt haben und gegenwärtig dreimal so viel FBI-BeamtInnen wie noch zu Beginn der 90er Jahre im Pharma-Milieu ermitteln, stieg die Anzahl der

Strafsachen um das Dreifache. Zu den beliebtesten Opfern von BAYER & Co. zählen die staatlichen Pharmazeutika-Programme für Bedürftige „Medicare“ und „Medicaid“. Die Institutionen ordern bei den Pharma-Multis Medikamente in großen Mengen und bekommen dafür Sonder-Konditionen eingeräumt. Berech-



nungsgrundlage der Rabatte sind die durchschnittlichen Großhandelspreise. Und hier wird's kriminell. BAYER und andere Hersteller haben Krankenhäusern und anderen Abnehmern Präparate weit unter den vereinbarten Durchschnittskosten verkauft. Die Kunden rechneten mit „Medicare“ und „Medicaid“ aber die vollen Listen-Preise ab und behielten die Differenz ein. Da diese Differenz bei teuren Medikamenten besonders groß ausfiel, bestellten die MedizinerInnen mit Vorliebe die kostenträchtigsten BAYER-Pillen. Ein gutes Geschäft also für beide Seiten; den Gesundheitsprogramme entgingen so hingegen jährlich eine Milliarde Dollar. Durch einen Informanten aus der Arznei-Industrie flog der Schwindel schließlich auf. Im Januar 2001 musste BAYER dann 14 Millionen Dollar Strafe zahlen.

Aber abschreckend hat das offenbar nicht gewirkt. Der Leverkusener Chemie-Multi trieb das Spiel munter weiter und verheimlichte „Medicaid“ Billig-Geschäfte mit Pharma-Produkten, um die als Kalkulationsgrundlage für die Rabatte dienenden Durchschnittspreise in die Höhe zu treiben. Nun ermitteln die Staatsanwaltschaften von Massachusetts und Nevada

gegen BAYER und die anderen üblichen Verdächtigen. Die üblen Machenschaften der Konzerne veranlassten die Staatsanwaltschaft von Nevada dazu, BAYER & Co. als „racketeer enterprises“, Gangster-Unternehmen, zu bezeichnen. Nach Ansicht des mit den Untersuchungen befassten Juristen Jere Beasley handeln die Pillen-Riesen sogar noch verschlagener als die in den Vereinigten Staaten

Die üblen Machenschaften der Konzerne veranlassten die Staatsanwaltschaft von Nevada dazu, BAYER & Co. als „racketeer enterprises“, Gangster-Unternehmen, zu bezeichnen

generell als böseste Industrie-Buben angesehenen Tabak-Konzerne. „Sie sind vielleicht die mächtigste politische Kraft im Land“, meint Beasley.

Diese Macht könnte künftig ein klein wenig schrumpfen. Nicht nur die binnen der letzten zwei Jahre auf das Doppelte gestiegenen „Medicaid“-Kosten, auch die allgemein exorbitant hohen Pillen-Preise haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Pharma-Giganten gelenkt. Die

beiden Juristen Eric H. Holder Jr. und Ethan M. Posner glauben deshalb, dass sie in Zukunft auf der Agenda der Strafverfolgungsbehörden den vordersten Platz einnehmen werden.

BAYER schweigt derweil zu den Vorwürfen. Nur den AktionärInnen gegenüber gibt man sich auskunftsfreudiger - gezwungenermaßen, denn die Vorschriften verlangen, den ShareholderInnen jede möglicherweise kursrelevante Information mitzuteilen. Und kursrelevant vermögen die zu erwartenden Strafen schon sein. In einem Bericht an die US-Börsenaufsicht SEC rechnet der Pharma-Multi schlimmstenfalls sogar damit, aus den Programmen von „Medicare“ und „Medicaid“ herauszufliegen.

Aber dazu kommt es höchstwahrscheinlich nicht. Die Aufsichtsbehörden dürften die Gunst der Stunde, da BAYER & Co. in der Defensive sind, ganz pragmatisch lediglich dazu nutzen, ihnen eine Senkung der Pillen-Preise abzutrotzen.

Wer sein Geld rentabel und ökologisch sinnvoll anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Newsletter

eKO
INVESTMENT MIT VERANTWORTUNG & ERFOLG
INVEST

Er liefert aktuelle Informationen und Tipps zu

- ◆ Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen,
- ◆ aussichtsreichen internationalen Green Chips
- ◆ Natur-Aktien-Index NAI (+49% in 2000)
- ◆ Umweltaktien-Musterdepot (+75% in 2000)
- ◆ Warnungen vor (grün-)schwarzen Schafen.

Und der Lohn der Tugend? Z.B. über **6.000% Gewinn innerhalb von 7 Jahren** mit der Dauerempfehlung Tomra Systems (Pfandflaschen-automaten) oder über 500% mit SolarWorld im Jahr 2000.

ERFOLG KANN MAN ABONNIEREN!

Ein kostenloses Probeexemplar können Sie abrufen beim

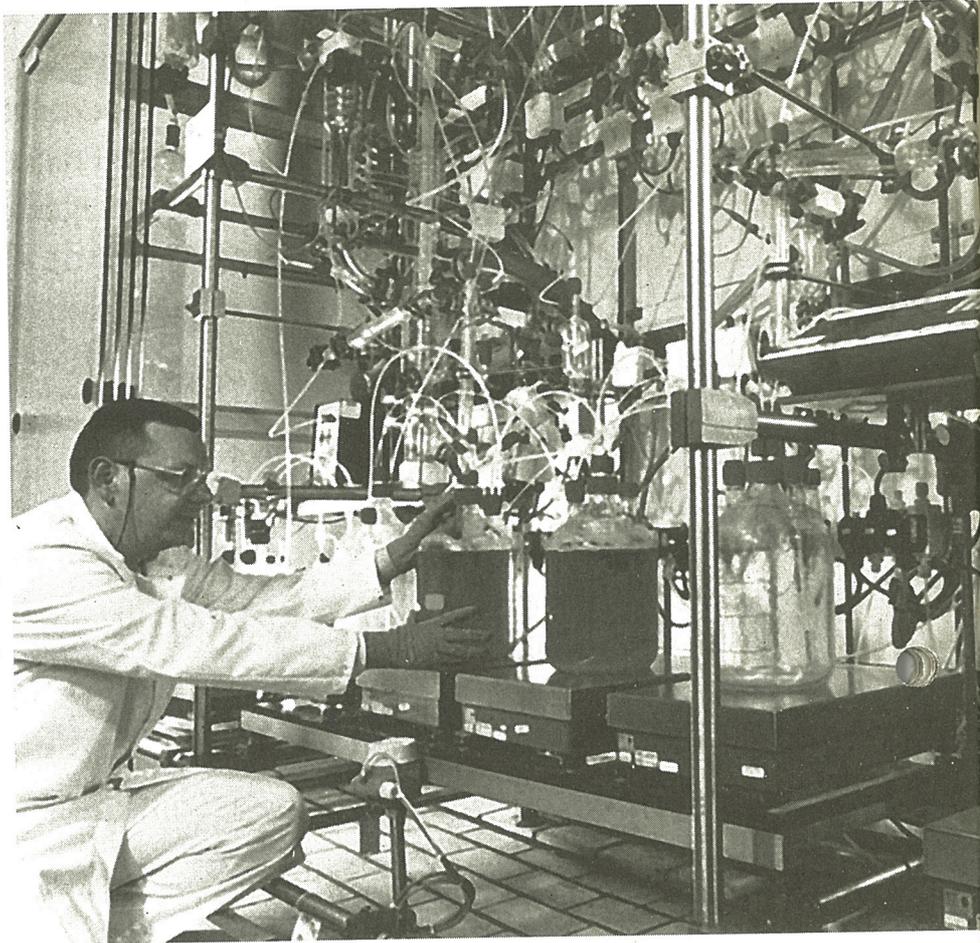
ÖKO-INVEST-Verlag
A-1130 Wien, Schweizertalstr. 8-10/5
Tel. 0043/1/876 05 01
Fax 0043/1/315696-1
oeko-invest@teleweb.at

Weitere
Beschränkung:

DIURON auf Rezept

Kaum ein Ackergift verunreinigt die Gewässer so sehr wie das BAYER-Produkt DIURON. Darum soll es jetzt für bestimmte Anwendungen nur noch auf Rezept erhältlich sein. Aber die Risiken und Nebenwirkungen bleiben.

Von Susanne Smolka (PESTIZID-AKTIONS-NETZWERK)



Pestizid-Anlage in Dormagen

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) plant, die weit verbreitete illegale Anwendung DIURON-haltiger Unkrautvernichtungsmittel durch die Einführung einer Abgabebeschränkung bzw. einer Rezeptpflicht zu stoppen. Keine der Anwendungsbeschränkungen, bis hin zu den seit 1997 bestehenden Anwendungsverbieten für Gleisanlagen und anderer abschwemmungsgefährdeter Flächen, konnten die Gewässer-Belastungen mit dem Totalherbizid „im ausreichendem Maße“ verringern, räumt das BMVEL in seinem Entwurf zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung vom 29. Juli 2002 ein. Die Abgabe-Beschränkung soll nach dem Entwurf dann gelten, wenn eine Anwendung auf sog. Nichtkulturfleichen, wie z. B. auf Plätzen, Wegen

oder Betriebsflächen, vorgesehen ist. Der Einsatz von Pestiziden auf diesen „nicht landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Freilandflächen“ ist ohnehin durch das Pflanzenschutzgesetz untersagt, es sei denn der/die AnwenderIn besitzt eine behördliche Ausnahme-Genehmigung (gem. § 6 Abs. 2 und 3 PflSchG). Da weder die Verkaufsberatung noch die Verbotshinweise mit Androhung hoher Geldstrafen in den Gebrauchsanweisungen ausreichend zu sein scheinen, soll nun über die Rezeptpflicht der missbräuchlichen Anwendung, die im Wesentlichen im privaten und kommunalen Bereich stattfindet, ein Riegel vorgeschoben werden. Die Ausnahme-Genehmigung soll zukünftig als Rezept fungieren und dem/der VerkäuferIn beim Erwerb eines DIURON-haltigen Mittels

vorgelegt werden müssen. Obgleich das neue gesetzliche Instrumentarium der Abgabe-Beschränkung grundsätzlich zu begrüßen ist, bezweifelt das PESTIZID AKTIONS-NETZWERK in seiner Stellungnahme zum Änderungsentwurf, dass eine effektive Missbrauchsbekämpfung für

PAN Germany bezweifelt, dass die Bekämpfung des DIURON-Missbrauchs über den Weg der Rezept-Pflicht möglich ist.

DIURON über diesen Weg möglich ist. Das wesentliche Problem liegt in der Begrenzung der Abgabe-Beschränkung auf die vorgesehene Anwendung auf Nichtkulturlflächen. Es können alle der acht für diese Indikation zugelassenen Mittel gleichermaßen auch im gärtnerischen oder landwirtschaftlichen Bereich (Zierpflanzenanbau, Kernobst, Weinrebe), d.h. nach

dem Pflanzenschutzgesetz legal und ohne Ausnahmegenehmigung eingesetzt werden. In der Folge wäre ein und dasselbe Präparat je nach der vorgesehenen Anwendung sowohl freiverkäuflich als auch mit Rezept abzugeben. Die Entscheidung trifft letztlich der/die VerkäuferIn aus dem Verkaufsgespräch mit dem/der KundIn. Hinzu kommen die unzureichenden Definitionen von Nichtkulturland und gärtnerisch genutzter Fläche. Ihre Abgrenzung zueinander kann in der Praxis unter Umständen nur wenige Zentimeter betragen, z. B. zwischen einem Garten oder einer Grünanlage und einer angrenzenden Böschung. Da dies aus den Informationen der Gebrauchsanweisung nicht ersichtlich wird, muss von einer häufig unbeabsichtigten Fehlanwendung, aber auch von einer fehlerhaften Beratung ausgegangen werden. Demgegenüber steht das hohe Gefährdungspotential von DIURON. Es ist einer der bedeutendsten Pestizid-

Kontaminanten von Grundwasser und Oberflächengewässern und verursacht erhebliche Kosten bei der Trinkwasseraufbereitung. DIURON zählt zu den 33 bedenklichsten Stoffen der Europäischen Wasserrahmen-Richtlinie. Ob er auf die Liste der prioritär gefährlichen Stoffe kommt, wird derzeit geprüft. Zudem besteht nach der Bewertung des Umweltbundesamtes ein begründeter Verdacht, dass DIURON auf das Hormonsystem von Menschen und Tieren einwirkt. Um dem Geist der Wasserrahmen-Richtlinie und dem Vorsorge-Prinzip gerecht zu werden, sind dringend Maßnahmen notwendig, die Umweltbelastungen deutlich zu reduzieren bzw. zu eliminieren. Da eine Vielzahl nicht-chemischer Alternativen zur Unkraut-Bekämpfung zur Verfügung stehen, sollte ein vollständiges Anwendungsverbot für diesen „Dinosaurier“ unter den Pestiziden ausgesprochen werden.



Geldanlage mit Erfolg und Wirkung



Kein Geld für Konzerne und Banken.


UMWELT FONDS

LEBEN STATT PROFIT

Am Hackenbruch 87 Fon 0211- 26 11 210
Postfach 15 04 18 Fax 0211- 26 11 220
40081 Düsseldorf

**Ja,
ich will
Geld zielorientiert
anlegen:**

Name

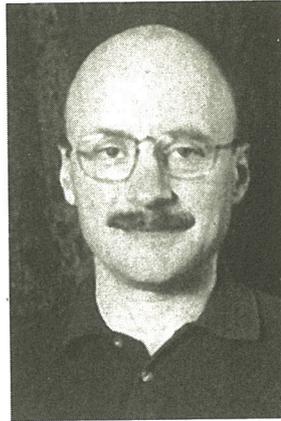
Straße

PLZ, Ort

Fon, Fax

E-Mail

Alter



**Der Landwirt
Marc Loiselle
klagt gegen BAYER**

„Gentech-Konzerne ruinieren Ökobauern“

Im Kanada haben Öko-Bauern und -Bäuerinnen einen Prozess gegen BAYER und MONSANTO angestrengt, weil der Gentech-Raps der beiden Konzerne sich in ihren ökologisch produzierten Raps einkreuzt. Marc Loiselle ist einer der Kläger.

Herr Loiselle, die Gentechnik-Konzerne behaupten immer, die manipulierten Pflanzen würden sich nicht unkontrolliert vermehren. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Das ist definitiv nicht die Erfahrung, die wir in Saskatchewan gemacht haben. Der Anbau von gentechnisch verändertem Raps hat zu einer massiven Verschmutzung von gentechnik-freiem Raps, inklusive Öko-Raps, geführt. Heute behaupten die Gentechnik-Industrie und die Raps-Verbände, sie hätten immer gewusst, dass eine unkontrollierte Ausbreitung von Gen-Raps stattfinden wird. Dies wurde jedoch bei der Einführung des Gen-Rapses 1995/96 verheimlicht. Durch die unkontrollierte Ausbreitung der Gen-Pflanzen wird den Landwirten und den Verbrauchern die Gentechnik bewusst untergemogelt.

Welche Konsequenzen hat die unkontrollierte Ausbreitung von Gen-Raps für die Öko-Bauern?

Das bedeutet, dass ich und andere Bauern keinen Raps mehr anbauen können. Raps ist allerdings eine für die Landwirtschaft in Saskatchewan sehr wichtige Pflanze. Bei vielen Landwirten ist Raps fester Bestandteil ihrer Fruchtfolge. Sie sind jetzt gezwungen, andere, weniger Gewinn bringende Pflanzen anzubauen, die zudem nicht so gut gegen Unkräuter gefeit sind. Raps habe ich als Option für meine landwirtschaftliche Praxis verloren. Nun will die Firma

MONSANTO auch noch gen-manipulierten Weizen in Nordamerika anbauen. Wenn der Gen-Weizen kommerziell angebaut wird und sich wie schon der Gen-Raps unkontrolliert in die Umwelt ausbreitet, verlieren wir eine unsere wichtigste Einkommensquelle. Dies wäre der Ruin für viele Öko-Bauern.

Sie haben stellvertretend für die Öko-Bauern im kanadischen Bundesstaat Saskatchewan Klage eingereicht. Geht es da auch um Schadensersatz?

Ja, es geht auch um finanzielle Entschädigung. Zum einen geht es um den Verlust, den wir auf dem lukrativen Öko-raps-Markt machen. Zum anderen sind aber auch Verluste zu erwarten, wenn Gen-Weizen bald Einzug in die Landwirtschaft erhält. Genau können wir den Schaden noch nicht beziffern, aber es geht um bis zu hundert Millionen Dollar. Der finanzielle Schaden ist jedoch nur ein Aspekt. Wichtiger ist, dass wir mit dem Raps eine Acker-Pflanze verlieren, die traditionell in Saskatchewan viele Landwirte anbauen. Gen-Pflanzen sind zudem Risiko-Pflanzen, deren Folgen auf die Umwelt und unsere Gesundheit noch viel zu wenig erforscht sind. Deshalb müssen Gen-Pflanzen als Schadstoffe anerkannt werden.

In Europa werden die meisten gen-manipulierten Pflanzen noch nicht zu kommerziellen Zwecken freigesetzt. Was raten Sie den hiesigen Bauern, Bäuerinnen und KonsumentInnen?

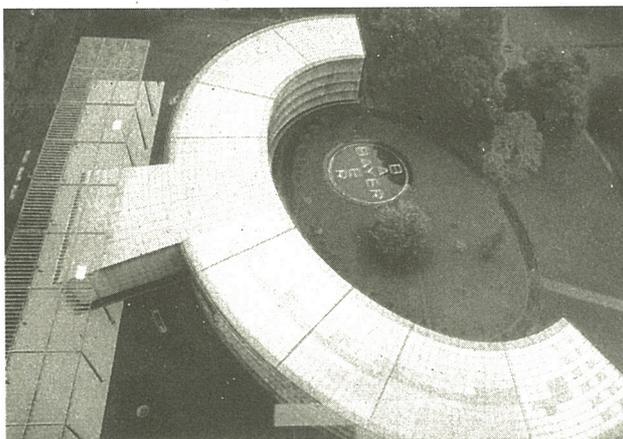
Mein Rat an europäische Bauern ist, sich nicht täuschen zu lassen von den Versprechen der Gentechnik-Industrie und ihrer Lobby, was die zu erwartenden Vorteile von Gen-Pflanzen angeht. Einzig den Gen-Konzernen bringen diese Pflanzen fette Gewinne. Zum Beispiel entwickeln die Konzerne gen-manipulierte Pflanzen, die gegen ihre eigenen Pestizide resistent sind. So kann die Industrie ihre Chemikalien gleich mitverkaufen und verdient zweimal. Den Verbrauchern rate ich, sich weiterhin ganz rigoros dem Einzug der Gentechnik in Pflanzen und Lebensmitteln zu widersetzen. Unsere Probleme mit Gen-Pflanzen zeigen, dass sich die Gentechnik ungewollt ausbreitet und so auf die Nachbar-Felder und letztendlich in unsere Nahrungsmittel gelangt. Die Europäer sollten daraus lernen. Die Verbraucher und Bauern müssen ihren Politikern deshalb genau auf die Finger schauen, dass es so weit in Europa nicht kommt.

Nachdruck des Interviews mit freundlicher Genehmigung des Naturkost-Magazins *Schrot & Korn*.



Blühendes Raps-Feld

Au weia, BAYER!



Bescheidenheit nach BAYER-Art

Konzern-Zentralen haben heutzutage nicht mehr die Funktion, in ihrer Monumentalität die Macht der Multis zu demonstrieren. Sie sollen vielmehr als Werbe-Träger der Unternehmen dienen. Allzu pompöser Bau-Stil ist daher wenig zweckdienlich. Diesem Grundsatz folgend, hat BAYER seinen phallushaft aufragenden Hauptsitz in Leverkusen durch ein flaches, nur vierstöckiges Gebäude ersetzt, das in seiner Halbkreis-Form architektonisch dem BAYER-Kreuz nachempfunden ist.

Neben Transparenz und Weltoffenheit wollen die Bauherren auf diese Weise auch „eine gewisse Bescheidenheit“ zum Ausdruck bringen. Wie wenig es mit dieser Bescheidenheit aber tatsächlich auf sich hat, demonstrierte BAYER-Chef Werner Wenning schon zur feierlichen Eröffnung des 50-Millionen-Euro-Baus. In seiner Rede klagte er über den Standort Deutschland sowie über die angeblichen rot-grünen Steuererhöhungen und forderte nicht weniger als eine „Veränderung des gesamten Systems“.

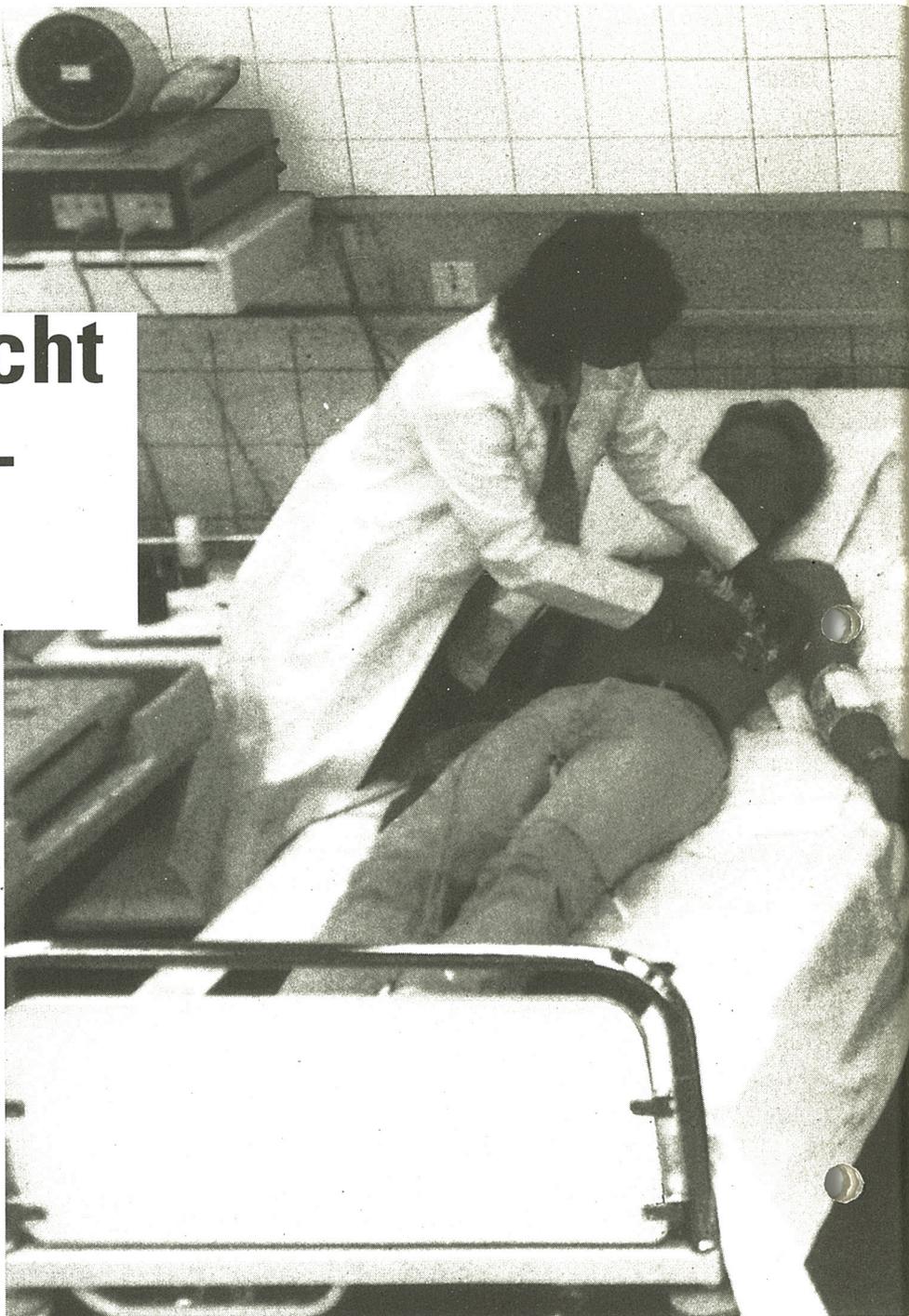
Konzern testet
Pestizide an
Probandinnen

BAYER macht Menschen- versuche

BAYER hat in Schottland erstmals seit dem 2. Weltkrieg Pestizide direkt an Menschen getestet. In den USA hat der Konzern eine generelle Zulassung solcher Versuche beantragt, womit der seit 50 Jahren geltende „Nürnberger Kodex“ ausgehebelt würde. Ziel des Unternehmens ist die Lockerung der Grenzwerte für Pestizide.

Von Philipp Mimkes

Bruce Turnbull aus Edinburgh/Schottland dachte, er würde an einem Pharma-Test teilnehmen: „Die Krankenschwestern sprachen immer von einem Medikament. Vor dem Test erhielt ich zwar Informationsmaterial, aber die Fachausdrücke darin habe ich nicht verstanden.“ Turnbull war 1998 eine von 50 Testpersonen gewesen, die für ein Honorar von 700 Pfund (rund 1000 Euro) im „Inveresk Research Laboratory“ eine Pille mit Azinphos-Methyl schluckten und daraufhin sieben Tage lang beobachtet wurden. „Wer vor Ablauf



Ein „ganz normaler“ BAYER-Arznei-Test. Von den Pestizid-Versuchen gibt es keine Bilder

der Woche nach Hause ging, musste eine Strafe zahlen. Danach habe ich nie wieder von dem Forschungsinstitut gehört, weitere ärztliche Untersuchungen wurden nicht angestellt“, berichtet das menschliche Versuchskaninchen. Auch der Auftraggeber der Testreihe wurde den Probanden verschwiegen.

Erst drei Jahre später wurde Turnbull von Journalisten auf die Hintergründe der Versuche hingewiesen: Azinphos-Methyl ist kein Medikament, sondern ein Pestizid, das von der Weltgesundheitsorganisation

WHO als „hoch gefährlich“ bezeichnet wird. Hinter der Untersuchung steckte der Leverkusener Konzern BAYER, der die seit dem Dritten Reich geächteten Menschen-tests mit Pestiziden wieder einführen möchte.

„... keine Bedrohung“

Eigentümlicherweise stand für BAYER schon vor den Tests die Ungefährlichkeit des hoch toxischen Wirkstoffs fest: „Die Ergebnisse dieser Studie werden bestätigen, dass der Einsatz von Azinphos-

Methyl keine Bedrohung für Arbeiter oder Konsumenten darstellt", hieß es in einem Schreiben an die ProbandInnen. Turnbull fühlt sich betrogen: „Ich hatte damals den Eindruck, ich würde der Wissenschaft helfen. Stattdessen benutzt eine große Firma die Tests, um mehr Pestizide zu verkaufen, die am Ende auch noch in unserer Nahrung landen.“ Der 51-Jährige Schotte hat Gesundheitsprobleme, die seiner Meinung nach mit den Tests zusammenhängen. Bislang ist er die einzige Versuchsperson, die sich öffentlich geäußert hat. Ob die übrigen ProbandInnen wussten, dass sie ein Pestizid zu sich nahmen, ist unbekannt.

Azinphos-Methyl ist in mehr als 30 Ländern zugelassen und gehört zu den meistverkauften Agrogiften von BAYER. Der Konzern ist weltweit größter Hersteller des Wirkstoffs, der besonders im Apfel-Anbau eingesetzt wird, und auch auf Kirschen, Birnen, Blaubeeren und Pfirsiche gesprüht wird. Im Sommer die-

sen Jahres hatten die US-Behörden wegen zu hoher Belastung der Nahrung ein Auslaufen der Zulassung von Azinphos-Methyl bis zum Jahr 2005 verfügt. In der Vergangenheit führte die Anwendung des Pestizids bereits häufig zu Vergiftungen und Umweltschäden: Im US-Bundesstaat Louisiana verseuchte Azinphos-Methyl mehrere Flüsse und tötete Fische, Schildkröten, Vögel und Alligatoren. Vor wenigen Wochen führte die hohe Belastung des Wilmot River in Kanada zu einem Fischsterben.

Unethische Versuche

Im August 2001 stellte BAYER einen Antrag bei der US-amerikanischen „Environmental Protection Agency“ (EPA), in dem der Konzern die generelle Zulassung solcher Tests zur Risiko-Analyse von Pestiziden prüfen lassen wollte. Die EPA lehnte den Antrag zunächst ab und verwies auf den „Ban on Use of Human Pesticide Studies“ aus dem Jahre 1988.

Damals hatte der Präsident der EPA, Lee Thomas, ein generelles Verbot von Pestizid-Versuchen mit Menschen verhängt. Sie seien „unethisch und unnötig“.

Anfang dieses Jahres stellte der Konzern einen neuen Antrag. Auf Druck der unternehmer-freundlichen US-Regierung konnte die EPA den Antrag diesmal nicht rundweg ablehnen, sondern musste gemeinsam mit der „National Academy of Sciences“ (NSA) eine Kommission zur Bewertung solcher Tests bilden. Die Kommission kam am 16./17. Dezember erstmals zusammen und wird Anfang 2003 eine Empfehlung aussprechen, auf deren Basis die Regierung entscheidet.

Hintergrund der Bemühungen von BAYER sind die nach Meinung der Pestizid-Industrie zu scharfen Grenzwerte. Bislang werden die Risiken von Pestiziden im Tierversuch ermittelt, zur Berücksichtigung der Unterschiede zwischen Mensch und Tier werden dann Sicherheitsfaktoren eingeführt. Als übliches Maß für den →

Wilfrid Polke | Robert Butzelar | Klaus Staeck | Claudia Rogge | Peter Royen

Die in der Kunst gegen Konzerne herausgegebenen Arbeiten werden von den KünstlerInnen gratis zur Verfügung gestellt. Mit dem Erwerb der Objekte wird die Arbeit konzernkritischer Gruppen gefördert. Die Galeriepreise der Werke liegen in aller Regel weit über den Vorzugsabgabepreisen der „Edition Kunst gegen Konzerne“. Deshalb, und wegen der strengen Limitierung und der oftmals vorliegenden Original-Signatur, haben die Kunstwerke ein hohes Wertsteigerungspotential. Wegen Limitierung keine Liefergarantie. Die Auslieferung erfolgen stets nach Datum des Bestelleingangs.

Prof. Wilfrid Polke

ist ein Künstler, der sich politisch einsetzt und zu gesellschaftlichen Konflikten nicht schweigt. Die Tuschezeichnung „Tanz um das Goldene Kalb“ ist ein Mahnmal gegen das Diktat des großen Geldes und eine Aufforderung zu Toleranz und Solidarität.

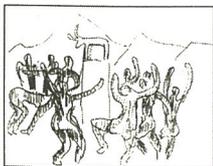


Sammler-Uhr

„Tanz um das Goldene Kalb“

Durchmesser ca. 32 mm, Metallgehäuse, Lederarmband, rückseitig mit Signatur-Gravur, in hochwertiger Aludose verpackt, Aufl. 300 Stück,

nur 68 €.



Zeichnung

„Tanz um das Goldene Kalb“

Mikro-Piezo-Technik nach Tusche, ca. 60 x 40 cm, Auflage 100 Stück, handsigniert, nummeriert

nur 148 €.

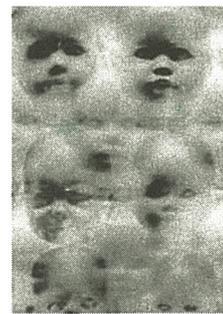
Claudia Rogge

in der Kunstszene ein Begriff und erzielt hohe Marktpreise. Die vorliegende Foto-Arbeit wendet sich gegen Gen- und Reproduktionstechnologie.

PRAE M.O.B.

Fotoarbeit-Digitalabzug, ca. 50 x 70 cm, limitiert, handsigniert,

nur 95 €.



EDITION
KUNST GEGEN KONZERNE
FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT

Ich/wir bestelle/n

Coupon zurück an: Edition Kunst gegen Konzerne, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

- Expl. Rogge-Fotoarbeit „PRAE M.O.B.“
zum Stückpreis von 95 €
- Expl. Polke-Uhr „Tanz um das Goldene Kalb“
zum Stückpreis von 68 €
- Expl. Polke-Grafik „Tanz um das Goldene Kalb“
zum Stückpreis von 148 €

Alle Artikel zuzüglich 5 € Versandkosten.

Name/Vorname Alter

Adresse

Bitte ziehen Sie den Rechnungsbetrag ein von: Bank BLZ

Kto.-Nr. Unterschrift

Grenzwert beim Menschen gilt ein Zehntel des Schwellenwertes, ab dem die WissenschaftlerInnen im Tierversuch eine Schädigung festgestellt haben. Durch direkte Versuche am Menschen versucht BAYER nun die Abschaffung dieser Sicherheitsfaktoren und die Einführung lascherer Grenzwerte.

Entsetzt darüber zeigt sich Carina Weber, Geschäftsführerin des PESTIZID AKTIONSNETZWERK (PAN): „Lebensmittel-Untersuchungen zeigen, dass in Europa schon heute 39 % der Lebensmittel Pestizid-Rückstände enthalten. Es ist völlig unakzeptabel, dass zukünftig regelmäßig Menschen auch noch als Versuchspersonen Pestizide schlucken, zumal mit dem Ökolandbau ein Produktionssystem zur Verfügung steht, in dem chemisch-synthetische Pestizide überhaupt nicht benötigt werden.“

Kodex ausgehebelt

Neben höheren Grenzwerten würde eine Neubewertung von Menschentests durch die „Environmental Protection Agency“ den bislang weltweit respektierten Nürnberger Kodex von 1947 zu Fall bringen. Dieser zog eine historische Lehre aus den grausigen Enthüllungen des Nürnberger Ärzteprozesses und legte zum ersten Mal den Rahmen für Forschungen am Menschen fest. Neben „Freiwilligkeit“ und „umfassender Information der Versuchspersonen“ verlangt der Kodex ein Verbot von Versuchen mit Giftstoffen. Der Nürnberger Kodex ist zwar kein rechtlich bindendes Gesetz, er wurde jedoch bislang von den westlichen Staaten als Maßgabe akzeptiert. Deutschland hält sich relativ eng an diese Bestimmungen, sodass eine Zulassung der von BAYER gewünschten Tests hierzulande sehr unwahrscheinlich wäre. Die Bundesregierung hat auch das europäische Abkommen zur Biomedizin, mit dem die Genehmigung solcher Versuche erleichtert werden soll, bislang nicht unterzeichnet.

Axel Köhler-Schnura von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN: „Es sind stets materiell benachteiligte Menschen, die ihre Gesundheit bei solchen Tests aufs Spiel setzen. Das Unternehmen BAYER hat wohl verdrängt, dass Menschenversuche seit den grauenvollen Experimenten im Dritten Reich geächtet sind - Auftraggeber war im Übrigen schon damals meistens die BAYER-Gruppe innerhalb der IG Farben.“ Köhler-Schnura befürchtet durch die Zulassung solcher Untersuchungen höhere Grenzwerte von Pestiziden in der Nahrung und im Wasser. Dr. Richard Dixon, Forschungsleiter des internationalen Umweltverbands FRIENDS OF THE EARTH, ergänzt: „Es ist inakzeptabel, dass ein Chemie-Gigant wie BAYER hoch gefährliche Pestizide an Menschen ausprobiert. Schlimmer noch aber ist der Versuch des Konzerns, das internationale Verbot solcher Tests auszuhebeln.“

„Druck der Hersteller“

Auch das NATURAL RESOURCES DEFENCE COUNCIL (NRDC), das zu den größten US-amerikanischen Umweltverbänden zählt, verurteilt das Ansinnen von BAYER. Erik Olson, Anwalt und Sprecher des NRDC, kritisiert: „Es verwundert nicht, dass bei den Testpersonen keine Spätfolgen entdeckt wurden - schließlich gab es keinerlei Langzeit-Untersuchungen, die solche Schäden hätten feststellen können. Zudem gibt es starke Anhaltspunkte dafür, dass die Probanden nicht vollständig über Ziele und Risiken der Versuche informiert waren.“ Olsen befürchtet, dass die EPA dem Druck von BAYER nachgeben könnte: „Die EPA ist auf lange Sicht nicht stark genug, den Lobbyisten von BAYER zu widerstehen.“ Nach Angaben der NRDC drohen langfristig auch Menschentests mit genetisch modifizierten Organismen - schließlich ist BAYER seit der Übernahme der AVENTIS CROPPSCIENCE auch größter europäischer Anbieter von gen-manipuliertem Saatgut.

Die EPA, die als gründlichste und einflussreichste Aufsichtsbehörde der Welt gilt und deren Vorgaben von vielen Ländern direkt übernommen werden, bleibt zunächst bei ihrer ablehnenden Haltung: „Für die Risiko-Analyse von Pestiziden akzeptieren wir keine Ergebnisse von Menschenversuchen. Keine Krankheit ließe sich mit den Ergebnissen solcher Tests besser behandeln. Wir stehen allerdings unter großem Druck seitens der Pestizid-Industrie“, äußerte ein Sprecher gegenüber der schottischen Zeitung *Sunday Herald*.

Um eine rasche Entscheidung zu erzwingen, hat BAYER bereits eine Klage gegen die Aufsichtsbehörden eingereicht. Der enge Draht zur US-Regierung (die Pharmaindustrie gehört zu den wichtigsten Unterstützern der jetzigen Regierung, auch BAYER spendete für George Bushs Wahlkampf) lässt befürchten, dass sich die Administration mit einer Lockerung der Pestizid-Regulierung revanchiert.

**NO
WAR**